

## Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 10.11.2021

---

<b>Sitzungsort:</b>	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:03 Uhr
<b>Ende:</b>	22:17 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Stadtratsvorsitzender:</b>	Herr Panse
<b>Schriftführer:</b>	

### Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Verleihung der Ehrenbezeichnung für ein Ehrenortsteilratsmitglied	
4.	Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 06.10.2021	
5.	Aktuelle Stunde	
6.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
6.1.	Nachtbürgermeister/in und Nachtteam schaffen - Nacht- leben gestalten, Konflikte moderieren! Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	<b>1881/21</b>

6.2.	Lärmbedingte Konflikte im öffentlichen Raum mit den Menschen statt gegen sie lösen Einr.: Fraktion SPD, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt	<b>2109/21</b>
6.3.	Auf dem Weg zu einem Museumskonzept Einr.: Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	<b>2155/21</b>
7.	Entscheidungsvorlagen	
7.1.	Satzung Kleingartenbeirat Einr.: Oberbürgermeister	<b>1910/20</b>
7.2.	Einführung Kulturesemesterticket zum Sommersemester 2022 Einr.: Oberbürgermeister	<b>2546/20</b>
7.3.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan WAL723 "Auf dem hohen Rande" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister	<b>0210/21</b>
7.3.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 0210/21 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan WAL723 "Auf dem hohen Rande" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	<b>0951/21</b>
7.3.1.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 0951/21 - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 0210/21 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan WAL723 "Auf dem hohen Rande" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung d	<b>1164/21</b>
7.3.2.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0210/21 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan WAL723 "Auf dem hohen Rande" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	<b>1225/21</b>

7.3.3.	Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0210/21 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan WAL723 "Auf dem hohen Rande" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	<b>1685/21</b>
7.3.4.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0210/21 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan WAL723 "Auf dem hohen Rande" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	<b>1966/21</b>
7.4.	Feststellung des Jahresabschlusses 2020 des Eigenbetriebes Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	<b>0219/21</b>
7.5.	Handlungsrichtlinie der Landeshauptstadt Erfurt für die Herstellung von Fahrradabstellanlagen und Kfz-Stellplätzen Einr.: Oberbürgermeister	<b>0289/21</b>
7.5.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0289/21 - Handlungsrichtlinie der Landeshauptstadt Erfurt für die Herstellung von Fahrradabstellanlagen und Kfz-Stellplätzen	<b>1956/21</b>
7.6.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan ROB694 "Nahversorgungszentrum Roter Berg"; Abwägungs- und Satzungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	<b>0495/21</b>
7.7.	Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 41 im Bereich Schmirra, Teilbereiche 1 Eisenacher Straße, Am Knotenberg, Friestedter Straße; 2 Südlich im Brühl; 3 Südlich Kornweg; 4 Südlich Seestraße - Zwischenabwägung, Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	<b>0668/21</b>
7.8.	Perspektiven für das Flughafengelände entwickeln Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	<b>0740/21</b>
7.8.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 0740/21 - Perspektiven für das Flughafengelände entwickeln	<b>1905/21</b>

7.8.2.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0740/21 - Perspektiven für das Flughafengelände entwickeln	<b>1969/21</b>
7.9.	Neue Kleingartenanlage für Erfurt Einr.: Fraktion AfD	<b>1052/21</b>
7.10.	Unterstützung des Kleingartenbeirates Einr.: Fraktion CDU	<b>1116/21</b>
7.11.	Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen in der Landeshauptstadt Erfurt - Abfallwirtschaftssatzung (AbfWS) vom 3. Dezember 2015 Einr.: Oberbürgermeister	<b>1255/21</b>
7.12.	2. Änderungssatzung der Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	<b>1256/21</b>
7.12.1.	Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 1256/21 - 2. Änderungssatzung der Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt Erfurt	<b>2143/21</b>
7.13.	Familienfreundliche EVAG-Abonnements schaffen Einr.: Fraktion AfD	<b>1432/21</b>
7.13.1.	Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 1432/21 - Familienfreundliche EVAG-Abonnements schaffen	<b>1745/21</b>
7.14.	Wirtschaftsplan 2022 der KoWo - Kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	<b>1445/21</b>
7.15.	1. Änderungssatzung der Satzung über die Benutzung der Grünanlagen (Grünanlagensatzung) Einr.: Oberbürgermeister	<b>1475/21</b>
7.15.1.	Antrag des Oberbürgermeisters zur DS 1475/21 - 1. Änderungssatzung der Satzung über die Benutzung der Grünanlagen (Grünanlagensatzung)	<b>2025/21</b>
7.16.	Änderung der Ausschussbesetzung Einr.: Oberbürgermeister	<b>1611/21</b>

7.16.1.	Antrag der Fraktionen SPD und FREIE WÄHLER/PIRATEN zur Drucksache 1611/21 - Änderung der Ausschussbesetzung	<b>1741/21</b>
7.17.	Einführung einer Stoffpreisgleitklausel Einr.: Fraktion CDU, Fraktion SPD, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN	<b>1617/21</b>
7.18.	Errichtung einer Unterstellmöglichkeit an der Haltestelle Gewerbestraße und Aufstellung von Müllbehältern an den Haltestellen Gewerbestraße und Brückenstraße Einr.: Ortsteilbürgermeister Vieselbach	<b>1626/21</b>
7.19.	Fortschreibung zur Drucksache 0648/11 - Konzept für mehr Chancengleichheit in der Stadtverwaltung Einr.: Fraktion CDU	<b>1715/21</b>
7.20.	Eheschließungen im Standesamt der Landeshauptstadt Erfurt - Prüfung verkehrsrechtlicher Belange Einr.: Fraktion CDU	<b>1716/21</b>
7.21.	Änderung des Bebauungsplans STO594 "Östlich Erfurter Landstraße" Einr.: Ortsteilbürgermeisterin Stotternheim	<b>1738/21</b>
7.22.	Berufung sachkundiger Bürger für den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung Einr.: Fraktion AfD	<b>1864/21</b>
7.23.	Neukreditaufnahme 2021 Einr.: Oberbürgermeister	<b>1888/21</b>
7.24.	Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1214/21 - Durchsetzung der Pflichten im Bahnhallenquartier Einr.: Oberbürgermeister	<b>1889/21</b>
7.25.	Wahl zum Mitglied des Seniorenbeirats Einr.: Fraktion AfD	<b>1895/21</b>
7.26.	Wahl des dritten Stellvertreters des Vorsitzenden des Erfurter Stadtrates Einr.: Fraktion AfD	<b>1896/21</b>

7.27.	Neubesetzung sachkundige Bürger/innen Fraktion Mehrwertstadt Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt	<b>1923/21</b>
7.28.	Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1637/21 - Umsetzung der Drucksache 2446/18 - Beteiligung am Auswahlverfahren des neuen Kulturdirektors / der neuen Kulturdirektorin Einr.: Oberbürgermeister	<b>1924/21</b>
7.29.	Ausschreibung von Schulesen in Orientierung an der beschlossenen Erfurter Nachhaltigkeitsstrategie Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt	<b>1954/21</b>
7.30.	Erhöhung gymnasialer Plätze in der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Fraktion CDU	<b>1957/21</b>
7.30.1.	Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zur Drucksache 1957/21 - Erhöhung gymnasia- ler Plätze in der Landeshauptstadt Erfurt	<b>2108/21</b>
7.30.2.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1957/21 - Erhö- hung gymnasialer Plätze in der Landeshauptstadt Erfurt	<b>2156/21</b>
7.31.	ega-Preis sozial ausgewogen und familienfreundlich ge- stalten - Kombiticket für ega und Zoopark einführen Einr.: Fraktion DIE LINKE.	<b>2041/21</b>
7.32.	Änderung der Ausschussbesetzung für die Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN	<b>2042/21</b>
7.33.	Änderung der Aufsichtsratsbesetzung der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN	<b>2044/21</b>
7.34.	Verhandlung mit dem Freistaat Thüringen zur Neuaus- richtung des Kommunalen Finanzausgleichs und des Ab- schlusses eines Hauptstadtvertrages Einr.: Fraktion DIE LINKE.	<b>2053/21</b>

- 7.35. Erhebung einer örtlichen Verbrauchs- und Aufwandssteuer- "Abbau- und Abtransport oberflächennaher Rohstoffe"- Verkehrsflächennutzungsabgabe  
Einr.: Fraktion DIE LINKE. **2056/21**
8. Informationen

1.           **Eröffnung durch den Oberbürgermeister**

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, eröffnete die 24. Sitzung des Erfurter Stadtrates in der Wahlperiode 2019–2024 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, die Beigeordneten, Ortsteilbürgermeisterinnen und Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter und Gäste. Anschließend übergab er die Sitzungsleitung an Herrn Panse, Stadtratsvorsitzender.

Herr Panse erklärte, dass gemäß der Geschäftsordnung die Aufzeichnung der Stadtratsitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters erfolgt. Schriftlich lag kein Widerspruch gegen die Aufzeichnung von Redebeiträgen von Stadtratsmitgliedern oder geladenen Dritten vor. Anschließend fragte er ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag vom Redepult aus erfolgt, widerspricht. Dies war nicht der Fall, weswegen er mit dem Hinweis fortfuhr, dass die Liste der grundsätzlich genehmigten im Bereich Medien tätigen Personen gemäß § 19 (8) der Geschäftsordnung in den Fraktionsgeschäftsstellen und der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer ausliegt.

Es galt während der gesamten Stadtratssitzung das Merkblatt für die Durchführung der Sitzung unter Pandemiebedingungen, welches die Stadtratsmitglieder mit ihrer Einladung erhielten. Dies wies darauf hin, dass die Bestimmungen der Thüringer SARS-CoV-2-Verordnung in der jeweils gültigen Fassung und die auf dem Hinweisblatt, welches auch aushing und auslag, benannten und zu beachtenden Maßnahmen galten. Damit waren die Teilnehmenden der Sitzung verpflichtet, während der gesamten Sitzung eine qualifizierte Gesichtsmaske, außer am Sitzplatz und während des Redebeitrages, zu tragen. Von der Verpflichtung war befreit, wer in geeigneter Weise glaubhaft machen konnte, dass die Verwendung einer Mund-Nasen-Bedeckung wegen einer Behinderung oder aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich oder zumutbar war. Nach jeder Stunde Sitzungszeit sollte eine 10-minütige Lüftungspause durchgeführt werden.

Weiterhin stellte der Stadtratsvorsitzende fest, dass die Einladung form- und fristgemäß nach § 35 (2) ThürKO erfolgte und zum Zeitpunkt der Eröffnung 35 Stadtratsmitglieder anwesend waren und der Stadtrat nach § 36 (1) ThürKO beschlussfähig war.

Des Weiteren wurde den Mitgliedern des Stadtrates, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, nachträglich gratuliert.

## 2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte über folgende Änderungen zur Tagesordnung:

### Vom Einreicher vertagt wurden die Tagesordnungspunkte:

TOP 7.9 – Drucksache 1052/21  
Neue Kleingartenanlage für Erfurt  
Einr.: Fraktion AfD

TOP 7.13 – Drucksache 1432/21  
Familienfreundliche EVAG-Abonnements schaffen  
Einr.: Fraktion AfD

TOP 7.18 – Drucksache 1626/21  
Errichtung einer Unterstellmöglichkeit an der Haltestelle Gewerbestraße und Aufstellung von Müllbehältern an den Haltestellen Gewerbestraße und Brückenstraße  
Einr.: Ortsteilbürgermeister Vieselbach

TOP 7.34 – Drucksache 2053/21  
Verhandlung mit dem Freistaat Thüringen zur Neuausrichtung des Kommunalen Finanzausgleichs und des Abschlusses eines Hauptstadtvertrages  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

TOP 7.35 – Drucksache 2056/21  
Erhebung einer örtlichen Verbrauchs- und Aufwandssteuer - "Abbau- und Abtransport oberflächennaher Rohstoffe" - Verkehrsflächennutzungsabgabe  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

### Zusätzlich aufgenommen werden soll:

6.1. - Drucksache 1881/21  
Nachtbürgermeister/in und Nachtteam schaffen - Nachtleben gestalten, Konflikte moderieren!  
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

### Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	29
Nein-- Stimmen	3
Enthaltungen	3

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde erreicht und die Dringlichkeit damit bestätigt. Die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung erfolgte somit.

## 6.2. - Drucksache 2109/21

Lärmbedingte Konflikte im öffentlichen Raum mit den Menschen statt gegen sie lösen  
Einr.: Fraktion SPD, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

### Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	31
Nein-- Stimmen	4
Enthaltungen	0

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde erreicht und die Dringlichkeit damit bestätigt. Die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung erfolgte somit.

## 6.3. - Drucksache 2155/21

Auf dem Weg zu einem Museumskonzept

Einr.: Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP / PIRATEN

### Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	23
Nein-- Stimmen	10
Enthaltungen	2

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde nicht erreicht und die Dringlichkeit damit nicht bestätigt. Die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung erfolgte somit nicht.

Herr Frenzel, Fraktion SPD, beanstandete gemäß § 18 Abs. 10 GeschO das Abstimmergebnis, da während der Abstimmung weitere Stadtratsmitglieder eingetroffen waren, weswegen die Anzahl abgegebener Stimmen nicht mit dem der Anwesenden übereintraf.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, sprach sich gegen die Wiederholung der Abstimmung aus. Er mahnte, dass die Geschäftsordnung nicht funktioniert, wenn man bei jeder veränderten Anzahl an Anwesenden eine Abstimmwiederholung fordert. Dies würde einen Präzedenzfall schaffen, wobei solche Fälle zu verhindern wären, indem die Stadtratsmitglieder pünktlich zu Sitzungserscheinen.

Da sowohl für, als auch gegen eine erneute Abstimmung gesprochen wurde, ließ Herr Panse über den Antrag auf Abstimmwiederholung abstimmen und wies darauf hin, dass zu diesem Zeitpunkt 38 Stadtratsmitglieder anwesend waren.

### Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	28
Nein-- Stimmen	10
Enthaltungen	0

Der Antrag wurde bestätigt, weswegen Herr Panse erneut über die dringliche Aufnahme des Tagesordnungspunktes 6.3 mit der Drucksache 2155/21 abstimmen ließ.

### Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	25
Nein-- Stimmen	10
Enthaltungen	3

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde somit erneut nicht erreicht und die Dringlichkeit somit erneut nicht bestätigt. Die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung erfolgte somit nicht.

### **Vorgezogen, gemeinsam beraten, aber getrennt abgestimmt werden sollten:**

1.

TOP 6.1 – Drucksache 1881/21

Nachtbürgermeister/in und Nachtteam schaffen - Nachtleben gestalten, Konflikte modellieren!

Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

MIT

TOP 6.2 – Drucksache 2109/21

Lärmbedingte Konflikte im öffentlichen Raum mit den Menschen statt gegen sie lösen

Einr.: Fraktion SPD, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

UND

TOP 7.15 – Drucksache 1475/21

1. Änderungssatzung der Satzung über die Benutzung der Grünanlagen (Grünanlagensatzung)

Einr.: Oberbürgermeister

Die Behandlung erfolgt zu Beginn des Tagesordnungspunktes „Dringliche Entscheidungsvorlagen“.

2.

TOP 7.1 – Drucksache 1910/20

Satzung Kleingartenbeirat

Einr.: Oberbürgermeister

MIT

TOP 7.10 – Drucksache 1116/21

Unterstützung des Kleingartenbeirates

Einr.: Fraktion CDU

Die Behandlung sollte beim Aufruf des Tagesordnungspunktes 7.1 erfolgen.

**Vorgezogen werden sollten die Tagesordnungspunkte der Wahlen, welche als verbundene Wahlen in einem Wahlgang vor einer notwendigen Belüftungspause durchgeführt werden:**

TOP 7.25– Drucksache 1895/21  
Wahl zum Mitglied des Seniorenbeirats  
Einr.: Fraktion AfD

MIT

TOP 7.26– Drucksache 1896/21  
Wahl des dritten Stellvertreters des Vorsitzenden des Erfurter Stadtrates  
Einr.: Fraktion AfD

**Aufgrund einstimmiger Vorberatungsergebnisse bzw. Vereinbarung im Hauptausschuss wurden folgende Drucksachen ohne Redebedarf sofort abgestimmt:**

TOP 7.4 – Drucksache 0219/21  
Feststellung des Jahresabschlusses 2020 des Eigenbetriebes Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt  
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 7.6 – Drucksache 0495/21  
Vorhabenbezogener Bebauungsplan ROB694 "Nahversorgungszentrum Roter Berg"; Abwägungs- und Satzungsbeschluss  
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 7.7 – Drucksache 0668/21  
Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 41 im Bereich Schmira, Teilbereiche 1 Eisenacher Straße, Am Knotenberg, Friestedter Straße; 2 Südlich im Brühl; 3 Südlich Kornweg; 4 Südlich Seestraße - Zwischenabwägung, Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung  
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 7.11 – Drucksache 1255/21  
Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen in der Landeshauptstadt Erfurt - Abfallwirtschaftssatzung (AbfWS) vom 3. Dezember 2015  
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 7.14 – Drucksache 1445/21  
Wirtschaftsplan 2022 der KoWo- Kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt  
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 7.17 – Drucksache 1617/21  
Einführung einer Stoffpreisgleitklausel  
Einr.: Fraktion CDU, Fraktion SPD, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN

TOP 7.22 – Drucksache 1864/21

Berufung sachkundiger Bürger für den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung

Einr.: Fraktion AfD

TOP 7.23 – Drucksache 1888/21

Neukreditaufnahme 2021

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 7.24 – Drucksache 1889/21

Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1214/21 - Durchsetzung der Pflichten im Bahnhallenquartier

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 7.27 – Drucksache 1923/21

Neubesetzung sachkundige Bürger/innen Fraktion Mehrwertstadt

Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

TOP 7.28 – Drucksache 1924/21

Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1637/21 - Umsetzung der Drucksache 2446/18 - Beteiligung am Auswahlverfahren des neuen Kulturdirektors / der neuen Kulturdirektorin

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 7.32 – Drucksache 2042/21

Änderung der Ausschussbesetzung für die Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN

TOP 7.33 – Drucksache 2044/21

Änderung der Aufsichtsratsbesetzung der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN

**Gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO wurde nach Beschlussfassung des Hauptausschusses vom 09.11.2021 folgender Tagesordnungspunkt, auf Grund eingereicherter Anträge ohne erfolgter Vorberatung, in den zuständigen Ausschuss verwiesen:**

TOP 7.31 – Drucksache 2041/21

ega-Preis sozial ausgewogen und familienfreundlich gestalten - Kombiticket für ega und Zoopark einführen

Einr.: Fraktion DIE LINKE.

**Wurde verwiesen in den Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung**

Herr Panse fragte, ob es weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab.

Herr Hose stellte den Antrag, den Tagesordnungspunkt 7.30 hinter den Tagesordnungspunkt mit den dringlichen Entscheidungsvorlagen vorzuziehen, da Vertreter und Gäste des betroffenen Gymnasiums anwesend waren.

Da dem niemand widersprach ließ Herr Panse über den Antrag auf Vorziehung des Tagesordnungspunktes 7.30 abstimmen.

#### Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	38
Nein-- Stimmen	0
Enthaltungen	0

Der Antrag wurde bestätigt.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, beantragte im Namen seiner Fraktion um Verweisung des Tagesordnungspunktes 7.3 zur erneuten Beratung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr und begründet dies.

Herr Panse ließ über den Antrag auf Verweisung des Tagesordnungspunktes 7.3 in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr abstimmen.

#### Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	34
Nein-- Stimmen	0
Enthaltungen	4

Der Antrag wurde bestätigt.

Da es auf Nachfrage keine weiteren Anträge auf Änderung der Tagesordnung gab, stellte Herr Panse fest, dass nunmehr einvernehmlich mit der geänderten Tagesordnung fortgefahren werde.

### **3. Verleihung der Ehrenbezeichnung für ein Ehrenortsteilratsmitglied**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, bat das Ortsteilratsmitglied Frau Dagmar Schmidt, vom Ortsteil Windischholzhausen, nach vorne, da sie nach § 15 Abs. 2 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Erfurt die Ehrenbezeichnung "Ehrenmitglied des Ortsteilrates" für ihre mittlerweile über 20 Jahre andauernden Dienste verliehen bekam.

Der Oberbürgermeister, Andreas Bausewein, würdigte die ehrenamtliche Tätigkeit von Frau Dagmar Schmidt, verlas die Urkunde, überreichte diese gemeinsam mit einem Strauß Blumen und gratulierte ihr.

Frau Dagmar Schmidt bedankte sich für die Verleihung der Ehrenbezeichnung und gab bekannt ihre Tätigkeit, so lange es ihre Gesundheit zulässt, weiter auszuführen und ihren Ortsteil zu unterstützen.

Herr Panse gratulierte ihr abschließend im Namen des Erfurter Stadtrates.

#### **4. Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 06.10.2021**

Die Niederschrift aus der öffentlichen Stadtratssitzung vom 06.10.2021 wurde wie folgt **genehmigt Ja 34 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0**

#### **5. Aktuelle Stunde**

Es lag kein Antrag vor.

#### **6. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen**

##### **6.1. Nachtbürgermeister/in und Nachtteam schaffen - Nacht- 1881/21 Leben gestalten, Konflikte moderieren! Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**

Entsprechend der Festlegung unter Tagesordnungspunkt 2 wurden die Tagesordnungspunkte 6.1, 6.2 und 7.15 gemeinsam beraten und im Anschluss getrennt abgestimmt.

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte einleitend darüber, dass die Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache 1881/21 den Stadtratsmitgliedern vorlag.

Zur Drucksache 2109/21 lag die Stellungnahme der Verwaltung als Tischvorlage aus.

Weiterhin informierte er, dass die Drucksache 1475/21 im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 21.09.2021 bestätigt (Ja 8 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0) wurde.

Der Stadtrat hat die Drucksache 1475/21 am 06.10.2021 in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt verwiesen. Dort wurde am 21.10.2021 sowohl der mündlich eingereichte Änderungsantrag (entspricht Drucksache 2025/21, eingereicht vom Oberbürgermeister), als auch die Ursprungsdrucksache abgelehnt (Ja 3 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es wurde eine intensive Diskussion über die Lärmbelästigung in den Nachtstunden, durch überwiegend feiernde Jugendliche, geführt, wobei die einzelnen Fraktionen ihren Standpunkt darlegten und sich entsprechend für die jeweilige Entscheidungsvorlage positionierte. Dabei gab es Wortbeiträge (teils mehrfach) durch:

- Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt,
- Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,
- Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU,
- Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt,
- Herr Mroß, SPD,
- Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE.,
- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD,

- Frau Fischer, Fraktion CDU,
- Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN,
- Herr Frenzel, Fraktion SPD,
- Herr Erfurth, Fraktion AfD,
- Herr Mühlmann, Fraktion AfD.

Herr Horn warb für den Antrag des Oberbürgermeisters, welcher die Grünanlagensatzung um die Regelung ergänzt, welche die Nutzung elektrisch verstärkter Musik in Grünanlagen in den Nachtstunden von 22 bis 6 Uhr untersagt. In der Vergangenheit gab es eine massive Beschwerdelage seitens parknaher Anwohner, welche durch gemeinsamen Streifen von Ordnungsamt und Polizei sowie eines privaten Sicherheitsdienstes bestätigt wurden. Durch die Regelung möchte man keine Jugendlichen aus den Parks vertreiben, sondern lediglich die geltende Nachtruhe umsetzen. Die Anpassung der Grünanlagensatzung sei angelehnt an das Vorgehen anderer Städte, wodurch man eine Konkretisierung schaffen und Missverständnisse ausräumen möchte, welche durch die bestehenden Regelungen, wie etwa die Stadtordnung, vorliegen. Bei Beschlussfassung soll deren Wirkung zum 4. Quartal 2022 mit allen Beteiligten ausgewertet werden.

Herr Robeck sprach für den Antrag seiner Fraktion. Er kritisierte den Antrag des Oberbürgermeisters, zumal dieser zu Beginn ohne die Einbindung der Betroffenen eingebracht wurde. Seiner Meinung nach haben die Jugendverbände Verständnis gezeigt und Vorschläge eingebracht, weswegen der Antrag des Oberbürgermeisters zurückzuziehen sei. Er verwies auf das Immissionsschutzgesetz, was weitere Regelungen obsolet machen würde. Des Weiteren hinterfragte er, woran bei einer Kontrolle die Täter festgelegt werden, ob dies derjenige sei, dem die Lautsprecher gehören, derjenige, der die Musik auf dem Mobilfunkgerät abspielt oder gar die unbeteiligten Anwesenden. Auch fragte er, ob Personen innerhalb von Parks dann größere Sorge vor Strafen haben müssen, als Feiernde außerhalb von Parks. Eine Willkürgefahr sei er seitens der Kontrollierenden und das Signal, dass Jugendliche nicht gewollt seien. Er verwies auf die Stadt Halle, welche neue Räume für junge Menschen geschaffen hat, wobei auch bauliche Maßnahmen denkbar wären. Seine Fraktion ist daher der Auffassung, dass es eine/n Nachtbürgermeister/in benötigt, welcher zusammen mit Streetworkern fungiert, da diese von Jugendlichen eher akzeptiert werden würden, als Uniformierte, weswegen seine Fraktion den Antrag des Oberbürgermeisters und die Drucksache der Fraktionen SPD und Mehrwertstadt Erfurt (2109/21) ablehnte. Er befürchtet, dass die Verwaltung und die Fraktion CDU mit aller Macht, in Law & Order – Manier geltendes Recht durchsetzen möchte, was zu Konfrontationen mit Jugendlichen führen könnte.

Herr Hose sah den Antrag der Fraktionen SPD und Mehrwertstadt ebenfalls als wirkungslos, weswegen dieser abgelehnt werden sollte. Er kritisierte, dass Herr Robeck ein Angstscenario aufbaut, obwohl das eigentliche Thema kein schwerwiegendes sei. Dass Jugendliche auf Streetworker bzw. Sozialarbeiter eher hören, als auf Uniformierte zweifelte er an, zumal bisheriges Einreden zu keinem Erfolg führte. Zu den vorgeschlagenen baulichen Maßnahmen hinterfragte er, ob damit Lärmschutzwände um die Parks gemeint wurden. Er unterstützte Herrn Horns Aussage, dass niemand verbieten möchte, dass sich junge Menschen im Park treffen und Spaß haben. Jedoch sollte man Law & Order, also Gesetz und Ordnung einhalten, wenn nötig durch Verbote. Selbst der größte politische Jugendverband in Erfurt, die Junge Union, habe dem Antrag des Oberbürgermeisters zugestimmt, weswegen der Stadtrat dies auch tun sollte.

Herr Perdelwitz gab Herrn Horn in Bezug auf die Lärmbelästigung Recht, wies aber darauf hin, dass eine Änderung der Grünanlagensatzung nicht gegen Lärmbelästigung in der In-

nenstadt, wie z. B. der Meienbergstraße hilft. Auch wenn man den Anwohnern bei der Einhaltung der Nachtruhe helfen muss, so müsse man auch die jungen Menschen unterstützen. Er war fasziniert davon, wie laut dem Ortsteilbürgermeister Kerspleben, Herrn Henkel, das Problem der Lärmbelästigung gelöst wird, nämlich auf direktem Weg durch die Ansprache der Anwohner. Dass nun eine Regelung getroffen werden soll, empfand er entsetzlich. Anschließend erläuterte er kurz Sachverhalte aus einer nichtöffentlichen Ausschusssitzung, woraufhin Herr Panse ihn zur Ordnung rief und bat, dies zu unterlassen.

Herr Mroß erklärte, dass es den bestehenden Interessenkonflikt bereits so lange wie die Menschheit selbst gäbe, und dass dies nicht nur ein Erfurt-Problem sei. Die Änderung der Grünanlagensatzung würde seiner Meinung nach keinen Sinn machen, da es bereits geltende Regularien gibt. Er wies darauf hin, dass der Antrag seiner Fraktion und der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt den Interessenkonflikt anerkennt, versucht allerdings Lösungen statt Verbote zu finden, nicht nur für die Lärmstörung, sondern auch für Vermüllung und Vandalismus. Seine Fraktion möchte, dass man die kalte Jahreszeit nutzt, um Gespräche zur Lösungsfindung zu führen. Daher wird seine Fraktion die Ursprungsdrucksache des Oberbürgermeisters sowie den dazugehörigen nachgereichten Antrag ablehnen. Zu Gesprächen über eine/n Nachtbürgermeister/in wäre man zu einem späteren Zeitpunkt bereit.

Herr Blechschmidt sprach sich für die Beachtung der Belange von beiden Seiten des Interessenkonfliktes aus und erklärte im Namen seiner Fraktion alle Anträge für ungeeignet, um eine Lösung zu finden, weswegen sie diese ablehnen werden. Vorhandene Gesetzmäßigkeiten sollte man nutzen und einen Beteiligungs- und Diskussionsprozess mit den Beteiligten führen.

Herr Dr. Beese kritisierte, dass es in dem Antrag des Oberbürgermeisters nur um elektrisch verstärkte Musik ginge, wobei auch Instrumente sehr laut sein können. Auch die zeitliche Begrenzung ab 22 Uhr hieß er nicht gut und bezog sich auf Veranstaltungen wie die Fête de la Musique, welche durch Genehmigungen freitags und samstags auch bis 23 Uhr stattfinden durften. Die Änderung der Grünanlagensatzung sei das falsche Mittel, bereits bestehende Regelungen sollten durchgesetzt werden. Daher warb er für den Antrag seiner Fraktion.

Bevor an dieser Stelle Frau Vogel das Wort erteilt wurde, gratulierte Herr Panse ihr im Namen des Stadtrates herzlich zum Geburtstag.

Frau Vogel bedankte sich für die Gratulation und gab ihre Erinnerung an bisherige Gespräche zwischen den Anwohnern und den jungen Leuten wieder, wonach es zu keiner Einigung kam. Da die jungen Leute, deren Verhalten sie auf das schärfste kritisierte, die Einhaltung der bisherigen Regelungen verweigern sind konkretisierende Maßnahmen erforderlich. Die Verwaltung mit weiteren Prüfaufträgen zu beschäftigen und das Problem vor sich herzuschieben, sei keine Lösung. Daher bat sie um Zustimmung des Antrags des Oberbürgermeisters.

Vor weiteren Wortmeldungen ließ Herr Panse eine 10-minütige Belüftungspause durchführen.

Herr Robeck empfand die harte Kritik von Frau Vogel als unverschämt, da sie das Verhalten einiger Störer auf die jungen Menschen verallgemeinerte. Zur Aussage, dass die Junge Union der größte politische Jugendverband sei, warf er entgegen, dass dies auf Grund der hohen Altersgrenze von 35 Jahren der Fall sei. Die Vertretungen der Studierenden in Erfurt haben sich klar gegen die neue Regelungen positioniert und würden seiner Meinung nach

eher für die jungen Menschen, vor allem Studierende, sprechen. Er warnt davor, dass durch die Satzungsänderung alle Betroffenen sind, auch die, die sich an Recht und Gesetz halten. Störer, die bisherige Regelungen nicht akzeptiert haben, werden sich auch künftigen Maßnahmen entziehen. Er hofft daher, dass die Änderungssatzung abgelehnt wird, sodass ein Dialog mit allen jungen Menschen stattfinden kann. Die derzeitige Situation in den Parks sei der pandemischen Lage verschuldet, da kurzfristige Feiern in Räumlichkeiten nicht möglich seien.

Frau Fischer kontierte Herrn Robeck, dass der Altersdurchschnitt der Jungen Union, welche der Änderung der Grünanlagensatzung einstimmig zustimmte, bei 21 Jahren läge. Als Grundproblem für die derzeitige Situation sah sie die mangelnden Räumlichkeiten für junge Menschen, zum Treffen und Feiern. Die Schwierigkeit läge momentan daran, sofort eine Hilfe für die belästigten Anwohner, aber auch langfristig Orte für die jungen Menschen zu finden, an denen sie sich treffen und feiern können. Der Antrag des Oberbürgermeisters sei ein guter Kompromiss, da er zum Einen den Anwohnern helfen kann, zum Anderen die jungen Menschen sich weiterhin auch nach 22 Uhr in den Parks treffen dürfen, lediglich auf laute Musik verzichten müssen.

Herr Städter wies darauf hin, dass elektronische Musik immer einen Verstärker benötigt. Da es bereits geltende Regelungen gibt hielt er neue Regelungen für überflüssig.

Herr Frenzel vertrat ebenfalls die Auffassung, dass eine Änderung der Grünanlagensatzung nicht notwendig sei, da es eine geltende Stadtordnung gibt, welche einzuhalten sei. Er zitierte hierzu § 8 Punkt e) der Stadtordnung "Lärmen, insbesondere dürfen Lautsprecher, Tonwiedergabegeräte und Musikinstrumente nur in solcher Lautstärke betrieben bzw. gespielt werden, dass unbeteiligte Personen nicht gestört werden.", mit dem Verweis, dass dies für alle Straßen und Anlagen, nach Begriffsdefinition auch Grünanlagen, gelte.

Herr Erfurth hinterfragte Herrn Robeck, wo Standorte geschaffen werden sollen, da es schlichtweg keine gäbe. Die Drucksache 1475/21 empfand seine Fraktion als zu schwammig, zumal nur von elektronisch verstärkter Musik die Rede sei, nicht aber von akustischer Musik, welche ebenfalls sehr laut sein kann, weswegen man somit die Satzung auch nicht zu ändern braucht. Sein Lösungsansatz sei es die Ursache zu beseitigen, weswegen die jungen Menschen sich in den Parks treffen müssen, der Wiedereröffnung von Jugendklubs und der Abschaffung der 2- und 3 G – Maßnahmen in Clubs, Discotheken und Bars, sowie eine Beendigung der Lockdown-Maßnahmen im Allgemeinen.

Herr Mühlmann verteidigte die Polizei und Ordnungsbehörde gegen die unterstellte Willkür seitens Herrn Robeck.

Herr Horn antwortete auf die Forderung, die Stadtordnung durchzusetzen, dass dies bereits geschehe. Jedoch sei für den speziellen Fall der Park eine konkretisierte Regelung erforderlich. Genehmigte Veranstaltungen, wie Herr Beese es befürchtete, seien nicht betroffen, sondern nur die ungenehmigten Veranstaltungen. Unabhängig vom Zustandekommen einer Beschlussfassung würde die Verwaltung weiterhin den Dialog mit allen Beteiligten fortsetzen. Auf den Einwand durch Herrn Mroß, dass doch bereits die TA-Lärm greifen müsste antwortete er, dass dies nicht möglich sei, da man die Feiernden keine „Anlage“ seien, auf die diese Regelung abziele. Dass für die jungen Leute ein Platz gefunden werden musste, bestätigte er und informierte darüber, dass bereits 35 Flächen geprüft wurden und man an dieser Stelle Fortschritte gemacht hat.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab ließ Herr Panse zunächst über die Drucksache 1881/21 abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	8
Nein Stimmen:	33
Enthaltungen:	2
Befangen	0

Die Drucksache wurde abgelehnt.

Bevor es zur nächsten Abstimmung kam beantragte Herr Blechschmidt die Einzelabstimmung der Beschlusspunkte der Drucksache 2109/21.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	16
Nein Stimmen:	24
Enthaltungen:	3
Befangen	0

Der Antrag auf Einzelabstimmung wurde abgelehnt, weswegen die Abstimmung über die komplette Drucksache 2109/21 erfolgte.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	11
Nein Stimmen:	31
Enthaltungen:	1
Befangen	0

Die Drucksache 2109/21 wurde somit abgelehnt. Es folgte abschließend die Abstimmung über die Drucksache 1475/21 in Fassung des Antrags des Oberbürgermeisters in der Drucksache 2025/21.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	15
Nein Stimmen:	27
Enthaltungen:	1
Befangen	0

Die Drucksache samt Änderungsantrag wurde somit ebenfalls abgelehnt.

**abgelehnt Ja 8 Nein 33 Enthaltung 2 Befangen 0**

**6.2. Lärmbedingte Konflikte im öffentlichen Raum mit den Menschen statt gegen sie lösen 2109/21**  
**Einr.: Fraktion SPD, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt**

Siehe Tagesordnungspunkt 6.1.

**abgelehnt Ja 11 Nein 31 Enthaltung 1 Befangen 0**

- 6.3. Auf dem Weg zu einem Museumskonzept 2155/21  
Einr.: Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP / PIRATEN

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

Dringlichkeit nicht bestätigt Ja 25 Nein 10 Enthaltung 3 Befangen 0

## 7. Entscheidungsvorlagen

- 7.1. Satzung Kleingartenbeirat 1910/20  
Einr.: Oberbürgermeister

Der Tagesordnungspunkt 7.1 wurde entsprechend der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2, nach dem Tagesordnungspunkt 6.3 aufgerufen, gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 7.10 beraten und getrennt abgestimmt.

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte zum Tagesordnungspunkt 7.1, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache 1910/20 am 19.10.2021 bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Zum Tagesordnungspunkt 7.10 informierte er, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 21.09.2021 die Drucksache 1116/21 durch Einzelabstimmung mit Änderungen bestätigt hat. Das Ergebnis der Einzelabstimmung der Beschlusspunkte war wie folgt:

- Beschlusspunkt 01 abgelehnt (Ja 2 Nein 3 Enthaltung 4 Befangen 0)
- Beschlusspunkt 02 bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Weiterhin informierte er, dass es zu dieser Drucksache ein Antrag auf Einzelabstimmung durch die Fraktionen CDU und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN angekündigt wurde.

Die Stellungnahme der Verwaltung zu dieser Drucksache lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich bei den Einreichern für das Einbringen ihrer Anträge. Sie selbst sei Mitglied im Kleingartenbeirat, dessen Zusammensetzung und Aufgabe sie erklärte. Sie sei froh, dass das Stimmrecht der Vertreter des Stadtverbandes der Kleingärtner im Kleingartenbeirat zustande kommt, zumal es in anderen Städten, wie z. B. Dresden, bereits gängige Praxis sei. In Bezug auf die Drucksache 1116/21 befürwortet sie die Unterstützung des Kleingartenbeirates durch die gewünschte Erhöhung auf nun 10 % der vereinnahmten Pachtgelder und besserer Publikation. Sie kündigte an, dass ihre Fraktion beide Drucksachen unterstützen wird. Sie informierte darüber, dass es in der Thüringer Allgemeinen am 09.11.2021 einen Beitrag dazu gab, dass in der Vertreterversammlung des Stadtverbandes der Kleingärtner eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge je Pächter von 12,60 EUR auf 19,80 EUR verkündet wurde. Diese Erhöhung sei akzeptabel, da sie die erste seit 16 Jahren ist und es große Zustimmung seitens der Vertreter hierfür gab. Das Geld sei für Aufwertungs- und Verschönerungsarbeiten in den Anlagen notwendig.

Herr Stampf, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, gab bekannt, dass seine Fraktion der Drucksache 1910/20 und auf Bitten des Vorstandes des Stadtverbandes der Kleingärtner auch die Drucksache 1116/21 zustimmen wird und warb auch um Zustimmung durch die anderen Fraktionen. Anschließend sprach er gegen den Antrag auf Einzelabstimmung.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, schloss sich seinen Vorrednern an und zitierte den früheren Oberbürgermeister "Eine Stadt kann man nicht gegen die Kleingärtner regieren." was widerspiegeln soll, dass dieser der größte Verein Erfurts sei. Die Erhöhung des Zuschusses an den Stadtverband Erfurt der Kleingärtner e. V. um 8.800,- EUR sei vergleichsweise für die ehrenamtlichen Leistungen niedrig, weswegen auch seine Fraktion um Zustimmung warb.

Herr Schlösser, Fraktion AfD, gab bekannt, dass seine Fraktion ebenfalls beiden Drucksachen zustimmen wird. Anschließend wies er darauf hin, dass die Beschlüsse keine Wirkung zeigen werden, wenn der Stadtverband weiterhin keinen Generalpachtvertrag hat. Seines Wissens war dieser für September angekündigt worden und soll noch nicht vorliegen, weswegen er die Verwaltung fragte, wann dies geschehe.

Herr Panse antwortete, dass die Verwaltung angekündigt hat die Antwort nachzureichen<sup>1</sup>.

Nach Rückfrage bei den Antragstellern wurde festgehalten, dass lediglich die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN an dem Antrag auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte zur Drucksache 1116/21 festhielt. Daher rief der Stadtratsvorsitzende zunächst zur Abstimmung über diesen Antrag auf.

#### Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	11
Nein Stimmen:	19
Enthaltungen:	11
Befangen	0

Der Antrag auf Einzelabstimmung wurde abgelehnt. Es folgte die Abstimmung über die Drucksache 1910/20 des Tagesordnungspunktes 7.1.

#### Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	41
Nein Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
Befangen	0

Die Drucksache wurde beschlossen. Abschließend ließ Herr Panse über Drucksache 1116/21 des Tagesordnungspunktes 7.10 abstimmen.

---

<sup>1</sup> Hierzu teilte die Verwaltung in der E-Mail vom ???.???.???? an die Fraktionen das Folgende mit: „...[Text soll kurzfristig vorgelegt werden]“.

### Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	34
Nein Stimmen:	0
Enthaltungen:	7
Befangen	0

Die Drucksache wurde ebenfalls beschlossen.

**beschlossen Ja 43 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **Beschluss**

**Die Satzung des Kleingartenbeirates der Landeshauptstadt Erfurt (Anlage 1) wird beschlossen.**

*(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlagen 1 beigefügt.)*

### **7.2. Einführung Kultursemesterticket zum Sommersemester 2022 Einr.: Oberbürgermeister 2546/20**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ausschuss für Bildung und Kultur die Drucksache am 12.10.2021 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Frau Mock, Fraktion DIE LINKE., erinnerte daran, dass bereits 2020 der Stadtrat die grundsätzliche Einführung eines Kultursemestertickets für Studierende der Erfurter Hochschulen beschlossen hatte. Ihre Fraktion begrüßt daher diese Beschlussfassung zur Einführung, zumal sie ein Gewinn des Hochschulstandorts Erfurt sei, ohne dabei Mehrkosten zu verursachen. Für das Anstreben Erfurts um den Titel des UNESCO-Weltkulturerbes sollte es jede Möglichkeit nutzen seine Kulturstätten zu präsentieren. Sie hofft, dass das Kultursemesterticket dazu führt, dass die Museen reichlich besucht werden und deren Besuch zum Alltag, auch nach dem Studium wird. Perspektivisch erhoffte sie sich, dass man allen jungen Menschen der Landeshauptstadt ein solches Ticket anbieten kann.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, freute sich über den Abschluss der Vereinbarung zum Kultursemesterticket, welches einen schwierigen Start hatte. Er schloss sich der Meinung von Frau Mock an und schlug vor, auch nichtstädtische Kulturakteure in das Ticketangebot aufzunehmen. Weiterhin wünschte er, dass das Ticket auch für internationale Studierende ausgebaut wird, später sollten auch Azubis und private Hochschulen die Chance auf ein ähnliches Ticket bekommen. Für die Beitragserhöhung beim Semesterbeitrag um 3,- EUR pro Semester kämen Studierende nun kostenlos in Theater und städtische Museen, ausgenommen von Sondervorstellungen und den Domstufenfestspielen. In das Hochschulstandortentwicklungskonzept sollte das Ticket einbetten werden, schlug er vor. Abschließend wünschte er allen Studierenden viel Spaß.

Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, bedankte sich ebenfalls für das Zustandekommen des Tickets bei allen Beteiligten.

Da es keine weitere Wortmeldung gab, schloss Herr Panse die Beratung und ließ über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 41 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

## Beschluss

01

Die Einführung eines Kultursemestertickets für Studierende Erfurter Hochschulen gemäß beiliegendem Vertrag (siehe Anlage 1) zum Sommersemester 2022 wird beschlossen.

02

Die Tarifordnung der Eintrittspreise der kulturellen Einrichtungen der Landeshauptstadt Erfurt wird gemäß Anlage 2 beschlossen.

03

Die Eintrittspreise des Theaters Erfurt werden gemäß Anlage 4 beschlossen.

*(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 2a bis 2c beigelegt.)*

7.3.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan WAL723 "Auf dem hohen Rande" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister	0210/21
------	---	---------

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

Verwiesen in Ausschuss Ja 35 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

7.3.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 0210/21 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan WAL723 "Auf dem hohen Rande" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	0951/21
--------	--	---------

Verwiesen in Ausschuss

7.3.1.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 0951/21 - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 0210/21 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan WAL723 "Auf dem hohen Rande" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung d	1164/21
----------	--	---------

Verwiesen in Ausschuss

- 7.3.2. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0210/21 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan WAL723 "Auf dem hohen Rande" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit 1 225/21

Verwiesen in Ausschuss

- 7.3.3. Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0210/21 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan WAL723 "Auf dem hohen Rande" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit 1 685/21

Verwiesen in Ausschuss

- 7.3.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0210/21 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan WAL723 "Auf dem hohen Rande" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit 1 966/21

Verwiesen in Ausschuss

- 7.4. Feststellung des Jahresabschlusses 2020 des Eigenbetriebes Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt 02 19/21  
Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass die Drucksache im Werkausschuss Entwässerungsbetrieb am 20.10.2021 bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) wurde.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 41 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**Beschluss**

01

Der Jahresabschluss 2020 des Entwässerungsbetriebes der Landeshauptstadt Erfurt wird mit einer Bilanzsumme von 325.240.080,36 EUR und einem Jahregewinn von 6.244.203,42 EUR festgestellt.

02

Der Jahresgewinn von 6.244.203,42 EUR wird wie folgt verwendet:

- die für das Wirtschaftsjahr 2020 geplante Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 3.750.000,00 EUR wird an den städtischen Haushalt abgeführt,
- die verbleibenden 2.494.203,42 EUR werden in die Allgemeine Rücklage des Entwässerungsbetriebes eingestellt.

03

Dem Werkleiter Herrn Martin Höfer wird für das Wirtschaftsjahr 2020 Entlastung erteilt.  
Dem Oberbürgermeister wird für das Wirtschaftsjahr 2020 Entlastung erteilt.

04

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2021 einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Werkleitung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz sowie des Lageberichtes 2021 wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG, Erfurt bestellt.

- 7.5.            Handlungsrichtlinie der Landeshauptstadt Erfurt für die            0289/21  
Herstellung von Fahrradabstellanlagen und Kfz-  
Stellplätzen  
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache 19.10.2021 bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0) hat.

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU in Drucksache 1956/21 vor. Dieser ergänzte den Beschlussvorschlag um die Beschlusspunkte 04 und 05.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 19.10.2021 ließ Herr Kordon, Fraktion CDU, lediglich über den Beschlusspunkt 04 abstimmen, welcher abgelehnt (Ja 4 Nein 4 Enthaltung 4 Befangen 0) wurde. Für den Stadtrat bat die Fraktion CDU ebenfalls darum lediglich über Beschlusspunkt 04 abzustimmen, der Beschlusspunkt 05 wurde zurückgezogen.

Herr Hagemann, Fraktion CDU, zog namens seiner Fraktion den Antrag seiner Fraktion in Drucksache 1956/21 zurück.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, befürwortete im Namen ihrer Fraktion den Ansatz der Handlungsrichtlinie, welcher ihrer Meinung nach die Verkehrswende in der Landeshauptstadt Erfurt voranbringen würde. Sie erklärte, dass abgesehen von den Stoßzeiten oder viel befahrenen Straßen Autos die parken, das Hauptproblem seien. Meist würden Autos 23 von 24 Stunden nur herumstehen und öffentlichen Raum verbrauchen, der für Radwege oder Aufenthaltsqualität z. B. in Form von Sitzbänken besser genutzt werden könnte. Das Mobilitätsverhalten von Menschen die z. B. umziehen könne sich ändern, da sie eher die Nachteile von Autos und Vorteile öffentlicher Verkehrsmittel und Alternativen abwägen. Der Handlungsrichtlinie sei derzeit aber leider Grenzen gesetzt, wobei sie auf § 49 ThürBauO verwies, welche dazu verpflichtet Stellplätze herzustellen. Hierbei müsse

seitens des Landes eine Änderung vorgenommen werden. Abschließend begrüßte sie die Zurückziehung des CDU-Antrages, da die Handlungsrichtlinie durch die Stadtverwaltung einen Handlungsspielraum hat und warb um Zustimmung.

Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE., befürwortet im Namen ihrer Fraktion ebenfalls die Handlungsrichtlinie. Vergleichende Untersuchungen mit anderen Kommunen seien durchgeführt worden, weshalb das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft das Instrument einer Richtlinie besser bewertet, als das einer Satzung. Das Bewusstsein der Menschen würde einen Trend zu umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln zeigen, aber dennoch würde der Wunsch von Autobesitz bestehen, was zu berücksichtigen sei. Ihre Fraktion bedankte sich für die Vorlage, weshalb sie bekannt gab, ihr zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache 0289/21 abstimmen ließ.

**beschlossen Ja 41 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **Beschluss**

**01**

**Die Handlungsrichtlinie der Landeshauptstadt Erfurt für die Herstellung von Fahrradabstellanlagen und Kfz-Stellplätzen wird als Grundlage für die Bauleitplanung beschlossen.**

**02**

**Die Praktikabilität der festgelegten Richtwerte für Fahrradabstellanlagen und Kfz-Stellplätze sowie die Erarbeitung und Umsetzung der Mobilitätskonzepte sind nach einer entsprechenden Anwendungszeit zu evaluieren, dem Stadtrat vorzustellen und gegebenenfalls anzupassen.**

**03**

**Die Handlungsrichtlinie bildet die Grundlage für begleitende Mobilitätskonzepte im Rahmen der Bauleitplanung.**

*(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.)*

**7.5.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0289/21 - Handlungsrichtlinie der Landeshauptstadt Erfurt für die Herstellung von Fahrradabstellanlagen und Kfz-Stellplätzen 1956/21**

**zurückgezogen**

- 7.6. Vorhabenbezogener Bebauungsplan ROB694 "Nahversorgungszentrum Roter Berg"; Abwägungs- und Satzungsbeschluss 0495/21  
Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass die Drucksache durch den Ortsteilrat Roter Berg am 30.09.2021 zur Kenntnis genommen und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 19.10.2021 bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) wurde.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 41 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

### Beschluss

01

Die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird beschlossen. Das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 5) ist Bestandteil des Beschlusses.

02

Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 88 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und § 19 Abs. 1 Satz 1, § 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses jeweils gültigen Fassung, wird der vorhabenbezogene Bebauungsplan ROB694 „Nahversorgungszentrum Roter Berg“, bestehend aus der Planzeichnung (Anlage 2) mit den textlichen Festsetzungen und dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 3) in seiner Fassung vom 17.05.2021 als Satzung beschlossen.

*(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 4a bis 4d beigelegt.)*

- 7.7. Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 41 im Bereich Schmira, Teilbereiche 1 Eisenacher Straße, Am Knotenberg, Friestedter Straße; 2 Südlich im Brühl; 3 Südlich Kornweg; 4 Südlich Seestraße - Zwischenabwägung, Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung 0668/21  
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ortsteilrat Schmira die Drucksache am 27.09.2021 bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 19.10.2021 bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 34 Nein 2 Enthaltung 5 Befangen 0

## Beschluss

01

Der Stadtrat beschließt die Zwischenabwägung zu den bisher von der Öffentlichkeit und Behörden eingegangenen Stellungnahmen. Das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 4) ist Bestandteil des Beschlusses.

02

Der Entwurf der Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 41 im Bereich Schmira, Teilbereiche 1 Eisenacher Straße, Am Knotenberg, Fienstedter Straße; 2 Südlich im Brühl; 3 Südlich Kornweg; 4 Südlich Seestraße (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) in seiner Fassung vom 27.08.2021 werden gebilligt.

03

Der Entwurf der Flächennutzungsplan-Änderung und deren Begründung werden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

*(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 5a bis 5d beigefügt.)*

## 7.8. Perspektiven für das Flughafengelände entwickeln 0740/21 Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte einleitend darüber, dass folgende zwei Änderungsanträge vorlagen:

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 1905/21 (ersetzt Beschlussvorschlag)
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. in Drucksache 1969/21 (ändert Beschlusspunkt 01).

Weiterhin informierte er, dass im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 19.10.2021 wie folgt votiert wurde:

- Drucksache 0740/21 in Fassung des Antrages in Drucksache 1905/21: abgelehnt (Ja 2 Nein 9 Enthaltung 1 Befangen 0) und
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. in Drucksache 1969/21: abgelehnt (Ja 2 Nein 10 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Stellungnahmen der Verwaltung lagen den Stadtratsmitgliedern vor.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, verglich die Bedeutung des Flughafens und die Auswirkungen auf das städtische Leben mit anderen bundesdeutschen Städten. Weiterhin verwies sie auf die wirtschaftliche Situation des Flughafens und nahm Bezug auf die im letzten Jahr veröffentlichte Studie, die in Zusammenarbeit des BUND mit dem Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft erarbeitet wurde. In dieser Studie wurden die Regionalflughäfen Deutschlands nach Kriterien wie Wirtschaftlichkeit, Konnektivität und Klimalast der Jahre 2014 bis 2019 verglichen, wobei der Flughafen Erfurt-Weimar mit am

schlechtesten abschnitt und ihm keine Zukunftsfähigkeit bescheinigt wurde. An sich hätte ihre Fraktion nichts gegen den Flughafen, wenn dieser wirtschaftlich wäre und schwarze Zahlen schreiben würde. Da dies aber nicht der Fall sei und das Defizit durch die Steuerzahler aufgefangen werden muss, wobei im Zeitraum von 1991 und 2011 etwa 200 Mio. EUR an Fördergeldern investiert wurden, obwohl er klimaschädigend ist, sprach sich ihre Fraktion gegen den Flughafen aus. Der Flughafen habe ihrer Meinung nach keinen Mehrwert in Thüringen und würde nicht gebraucht werden, da man durch die ICE-Anbindungen schnell andere Flughäfen, wie z. B. Leipzig ansteuern kann. Da dem Flughafen keine Zukunft bescheinigt wurde und man die Politik in der Pflicht sieht dieser Entwicklung entgegen zu wirken, sieht man die Gefahr, dass diese kurzfristig entscheidet, dass dieser Standort wirtschaftlich nicht tragbar ist und ihn schließt. Um die betroffenen Beschäftigten und Unternehmen zu schützen sollte man perspektivisch eine Weiterentwicklung des Geländes oder einen sozialverträgliches Ausstiegskonzept entwickeln. Eine wirtschaftliche Transformation wird auf Thüringen häufiger zukommen, weshalb man mit Beschlusspunkt 02 ein Modellprojekt für Erfurt vorsieht, wobei man in Zusammenarbeit mit dem Land eine Studie in Auftrag geben möchte, unter breiter Bürger- und Unternehmensbeteiligung, was es für Perspektiven für den Flughafen Erfurt-Weimar geben könnte. Den Antrag habe ihre Fraktion eingereicht, da seitens des Landes Äußerungen in der Richtung gegeben habe, dass die Landeshauptstadt Erfurt mit dem 5 %-igen Anteil am Flughafen selbst keine Haltung zur Entwicklung des Flughafens äußern würde.

Herr Stampf, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, fragte Frau Wahl, ob diese Kenntnis davon hat, dass der Flughafen ein wesentlicher Pfeiler für die Arbeit des Logistikzentrums der Bundeswehr in Erfurt ist, was diese bestätigte.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, sprach sich deutlich gegen die Meinung der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN aus und gab bekannt, dass seine Fraktion sich dieser entgegenstellen wird. Den Widerspruch zur Wirtschaftlichkeit begründete er neben dem, was Herr Stampf bereits ausführte, mit der starken wirtschaftlichen Entwicklung Mittelthüringens durch das Erfurter Kreuz. Dabei zählte er eine im Bau befindliche Batteriezellenfabrik und eine Werkstatt zur Reparatur von Flugzeugmotoren auf, welche abhängig von den Zulieferungen über den Flughafen seien. Sicherlich könnte man als Eigentümer mit einem Anteil von 5 % sagen, dass man den Flughafen nicht mehr möchte, dies wäre aber „ein Affront gegen das Land und ein wirtschaftlicher Selbstmord“.

Herr Pfistner, Fraktion CDU und Aufsichtsratsmitglied der Flughafen Erfurt GmbH, bedankte sich für die Leistungen des gesamten Teams des Flughafens während der Coronapandemie. Ebenfalls bedankte er sich bei dem neuen Geschäftsführer des Flughafens, Prof. Dipl.-Ing. Stöwer, welcher als ausgesprochener Experte hinsichtlich der Geschäftstätigkeiten von Flughäfen gilt und professioneller Geschäftsführer ist. Hierbei ging er kurz auf den Werdegang des Geschäftsführers ein. Er äußerte sein Entsetzen über die Forderung der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, den Flughafen Erfurt-Weimar zu schließen und nach Leipzig zu verweisen, wobei die Partei dort ebenfalls fordere, den Flughafen Leipzig zu schließen. Ein Ausweichen wäre dann nur noch nach Berlin oder Frankfurt möglich, was deren Lärmbelastung extrem steigern würde. Die Kritik, dass der Flughafen nicht rentabel sei wies er zurück, da es maximal 2 bis 3 rentable Flughäfen deutschlandweit gäbe, zumal die touristischen Ziele zu vernachlässigen sind. Wichtiger zu beachten seien die angesiedelten Firmen, die z. B. Wartungen und Umbauten an Flugzeugen vornehmen. Auch der Standort der Polizeihubschrauberstaffel, sowie die Geschäfte im Flughafen sind zu berücksichtigen. Bei Ansiedelung von Unternehmen gäbe es eine Checkliste, wobei ein Punkt "Flughafen" ein Vorteil ist, weshalb der Flughafen für den Wirtschaftsstandort wichtig sei. Er kritisierte das Vorgehen der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, häufig Anträge gegen

den Flughafen zu stellen und Hiobsbotschaften zu äußern, was die Landesfinanzministerin und den Geschäftsführer bei ihrer Arbeit hindern würde. Abschließend bat er darum, dass der Stadtrat ein Zeichen setzen sollte, dass dieser vollumfänglich hinter dem Flughafen Erfurt-Weimar steht und somit beide Anträge ablehnt.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, wies auf eine Änderung im EU-Subventionsrecht in Bezug auf die Förderung von Regionalflughäfen hin und mahnte daher an, die Entwicklung des Flughafens rechtzeitig in den Blick zu nehmen. Der Bund und der Deutschen Steuerzahler beschäftigte sich ebenfalls regelmäßig mit diesem Thema, hat entsprechende Zahlen offenbart und plädierte für das, was die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in ihren Antrag vorschlagen hat. Er stellte dabei klar, dass dieser Antrag nicht eine Schließung fordert, sondern nur, dass man Zukunftsszenarien entwickeln sollte, für den Fall einer drohenden Schließung. Eine Flexibilität sei nicht schädlich, weswegen er für den Antrag offen sei.

Herr Bausewein, Oberbürgermeister, wunderte sich über die Aussage, dass das Land nicht wisse, wie die Landeshauptstadt zu ihren Flughafen steht, habe man in den letzten 30 Jahren doch immer wieder mehrheitlich gezeigt, dass man den Flughafen unterstütze. Hinsichtlich der Frage Fördermittelpraxis des Freistaates räumte er ein, dass das Land seiner Meinung nach den Fehler gemacht hatte den Flughafen von Altenburg zu finanzieren, wobei man sich ganz auf Erfurt hätte konzentrieren müssen. Der Lärm, der heute vom Flugbetrieb ausgehe, verglich er mit dem Flugzeuglärm in Erfurt von vor 30 Jahren.. Die Meinung, den Flughafen schließen zu müssen könne man haben. Allerdings wäre seiner Meinung nach der Großteil des Stadtrates für den Erhalt, zumal dieses Gremium hierfür das falsche wäre. Er verwies auf den bereits genannten Anteil von 5 %, welche die Landeshauptstadt Erfurt halte. Die Landeshauptstadt habe sich nie am Verlustausgleich des Flughafens beteiligen müssen und bisher keine Zuzahlungen geleistet, so Herr Bausewein. Der Flughafen verursache somit für die Stadt keine direkten Kosten, bringt aber einen Standort- und Wirtschaftsvorteil. Über eine Schließung und Umnutzung des Erfurter Flughafens, so erklärte er, müsste der Thüringer Landtag entscheiden, nicht der Erfurter Stadtrat. Sicherlich würde der Flughafen keinen Gewinn generieren, allerdings würde dies auch für die meisten öffentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie z. B. der ÖPNV und kulturelle Einrichtungen, gelten, weswegen er mahnte, dass dies kein Entscheidungskriterium sein darf. Abschließend bedankte er sich ebenfalls beim Geschäftsführer der Flughafen Erfurt GmbH.

Herr Panse, Fraktion CDU, gab seine Erfahrungen von einer kürzlich vorgenommenen Flugreise bekannt.

Herr Kürth, Fraktion SPD; äußerte sein Unverständnis zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN.

Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, schloss sich der Meinung des Oberbürgermeisters an. So lange es keine Vorgabe zur Schließung des Flughafens gibt, sollten weder Gelder noch Arbeitskraft für Studien dies bezüglich verwendet werden. Er warnte vor den schädlichen wirtschaftlichen Folgen einer Schließung und ging dabei neben ansiedelnden Firmen vor allem auf die Angestellten des Erfurter Flughafens ein. Man kann nicht gut bezahlte Arbeitsplätze als Ausgleich zur Logistikbranche fordern und damit gutes Personal locken wollen und gleichzeitig gute Arbeitsplätze auflösen. Er befürchtet, dass die dort angesiedelten Firmen auf Grund der behaupteten wackelnden Positionierung des Stadtrates zum Flughafen, sich dafür entscheiden, weg zu ziehen. Er erinnerte daran, dass sich der Erfurter Stadtrat erst in der letzten Wahlperiode für den Flughafen Erfurt-Weimar positioniert hat. Sollte ein anderes Ergebnis geprüft werden, so sollte man den Antrag ein-

bringen "Der Erfurter Stadtrat bekennt sich gegen den Flughafen Erfurt-Weimar", wobei man sehen wird, dass dies dann mehrheitlich abgelehnt werden würde.

Frau Wahl konterte Herrn Stassnys Aussage, Kräfte der Stadtverwaltung für eine Studie zu binden, dass man hierfür eine Zusammenarbeit mit dem Land anstrebe. Des Weiteren konterte sie Herrn Bauseweins Vergleich zum Einsatz von Steuergeldern für defizitäre Einrichtungen wenn es das Ziel sei, das Pariser Klimaabkommen umsetzen zu wollen und gleichzeitig Subventionen für z. B. Flughäfen zahlen zu müssen. Als letztes konterte sie das Argument des Wirtschaftsstandorts, da der Flughafen Erfurt-Weimar dennoch keine schwarzen Zahlen schreibt. Abschließend erklärte sie nochmals, dass auf Grund der Faktenlage sowohl Stadt als auch Land sich über die Zukunft des Flughafens Gedanken machen müssten, zumal die verwendeten Steuergelder dem Schienengüterverkehr und somit auch der Wirtschaft zu Gute kommen könnten.

Herr Pfistner lud Herrn Perdelwitz zu einem Gespräch mit Prof. Dipl.-Ing. Stöwer ein, um sich unter anderem über die aktuellen Entwicklungen im Bereich des EU-Subventionsrechts auszutauschen.

Herr Schlösser, Fraktion AfD, stellte sich hinter den Flughafen Erfurt-Weimar und damit gegen die vorliegenden Anträge. Er verwies darauf, dass Prof. Dipl.-Ing. Stöwer den Flughafen als Geschäftsführer erfolgreicher machte, weswegen ein solcher Antrag als Beleidigung gegen ihn aufgefasst werden könnte. Weiterhin gab er zu bedenken, dass der Flughafen Erfurt-Weimar ein Sicherheits- oder Ausweichflughafen für den Flughafen Frankfurt/Main sei, für den Fall, dass dort z. B. durch Unwetter nicht gelandet werden kann. Aus diesem Grund könne man den Flughafen nicht einfach aus dem Netz entfernen.

Frau Schönemann, Fraktion DIE LINKE., erläuterte den Änderungsantrag ihrer Fraktion. Sie bekräftigte die Notwendigkeit des Flughafens am Beispiel der Frachtflieger, welche in der Corona-Pandemie u. a. Masken nach Thüringen transportiert haben und der zwischenzeitlichen Umnutzung als Flugzeugparkplatz. Da die Zukunft ungewiss ist, sollte man weiter in der Debatte bleiben und sich dennoch für den Flughafen positionieren.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse mit der Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. in Drucksache 1969/21 begann.

#### Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	8
Nein Stimmen:	33
Enthaltungen:	0
Befangen	0

Der Antrag wurde abgelehnt. Es folgte die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache 0740/21 in Fassung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 1905/21.

Im Anschluss an die Abstimmung wurde eine 10-minütige Belüftungspause durchgeführt.

**abgelehnt Ja 5 Nein 33 Enthaltung 3 Befangen 0**

7.8.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 0740/21 - Perspektiven für das Flughafengelände entwickeln 1905/21

abgelehnt Ja 5 Nein 33 Enthaltung 3 Befangen 0

7.8.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0740/21 - Perspektiven für das Flughafengelände entwickeln 1969/21

abgelehnt Ja 8 Nein 33 Enthaltung 0 Befangen 0

7.9. Neue Kleingartenanlage für Erfurt  
Einr.: Fraktion AfD 1052/21

Siehe Tagesordnungspunkt 2.  
vertagt

7.10. Unterstützung des Kleingartenbeirates  
Einr.: Fraktion CDU 1116/21

Siehe Tagesordnungspunkt 7.1.

beschlossen Ja 34 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

**Beschluss**

**01**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Geschäftsstelle des Stadtverbandes der Kleingärtner e.V. dahingehend finanziell zu unterstützen, dass ab 2022 anstelle der vertraglich vereinbarten 7%igen Zuwendung eine 10%ige Zuwendung aus den vereinnahmten Pachtgeldern erfolgt.

**02**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Kleingartenbeirat durch entsprechende Publikationen auf der Homepage der Stadt Erfurt sowie weiteren medialen Auftritten (Facebook, Instagram etc.) zu unterstützen, damit dieser in der Bevölkerung der Stadt Erfurt besser wahrgenommen werden kann.

- 7.11.            **Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen in der Landeshauptstadt Erfurt - Abfallwirtschaftssatzung (AbfwS) vom 3. Dezember 2015**            1 255/21  
Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 19.10.2021 bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

**beschlossen Ja 41 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **Beschluss**

**Die "Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen in der Landeshauptstadt Erfurt - Abfallwirtschaftssatzung - (AbfwS) – vom 3. Dezember 2015" gemäß Anlage 1 wird beschlossen.**

*(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.)*

- 7.12.            **2. Änderungssatzung der Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt Erfurt**            1 256/21  
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 19.10.2021 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0) hat.

Es lag nun ein Antrag des Oberbürgermeisters in Drucksache 2143/21 vor. Dieser ersetzte die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache.

Aufgrund fehlender Vorberatung der Drucksache 2143/21 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 09.11.2021, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Da es keine Wortmeldungen gab, ließ Herr Panse über die Drucksache in Fassung des Antrags des Oberbürgermeisters in Drucksache 2143/21 abstimmen.

**mit Änderungen beschlossen Ja 27 Nein 6 Enthaltung 8 Befangen 0**

## Beschluss

01

Die Abfallgebührenkalkulation für den Zeitraum 2022 – 2024 gemäß Anlage 4 wird bestätigt.

02

Die 2. Änderungssatzung der Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt Erfurt – Abfallgebührensatzung (Abf-GebS) – gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

*(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 7a und 7b beigelegt.)*

7.12.1. Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 1256/21 - 2143/21  
2. Änderungssatzung der Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt Erfurt

**bestätigt**

7.13. Familienfreundliche EVAG-Abonnements schaffen 1432/21  
Einr.: Fraktion AfD

Siehe Tagesordnungspunkt 2.  
**vertagt**

7.13.1. Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 1432/21 - Familienfreundliche EVAG-Abonnements schaffen 1745/21

**vertagt**

7.14. Wirtschaftsplan 2022 der KoWo - Kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt 1445/21  
Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass die Drucksache im Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung am 20.10.2021 bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0) wurde.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

**beschlossen Ja 41 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## Beschluss

01

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022 der KoWo – Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt, Stand 03.09.2021, gemäß Anlage 1 wird festgestellt.

02

Für das Geschäftsjahr 2022 wird eine Kreditaufnahme i. H. v. 15.210.500,00 EUR beschlossen.

*(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 8 beigelegt.)*

- 7.15.      1. Änderungssatzung der Satzung über die Benutzung der Grünanlagen (Grünanlagensatzung)      1475/21  
Einr.: Oberbürgermeister

Siehe Tagesordnungspunkt 6.1.

**abgelehnt Ja 15 Nein 27 Enthaltung 1 Befangen 0**

- 7.15.1.    Antrag des Oberbürgermeisters zur DS 1475/21 - 1. Änderungssatzung der Satzung über die Benutzung der Grünanlagen (Grünanlagensatzung)      2025/21

**abgelehnt**

- 7.16.      Änderung der Ausschussbesetzung      1611/21  
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass ein Antrag der Fraktionen SPD und FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN in Drucksache 1741/21 vorlag. Dieser ersetzte die Drucksache samt Anlage.

Mit Datum vom 09.11.2021 lag ein Austauschblatt zur Anlage der Drucksache 1741/21 vor.

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung vom 09.11.2021 die Drucksache bestätigt mit Änderungen (Ja 4 Nein 2 Enthaltung 4 Befangen 0) in Fassung der Drucksache 1741/21, in Fassung des Austauschblattes.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, empfand es nachvollziehbar, dass nach einer Reduzierung der Fraktionen von 8 auf 7 die Besetzungen neu berechnen muss, ob man sie tatsächlich hätte reduzieren müssen, stellte er in Frage. Die meisten Einbußen hätte seine Fraktion, was diese nicht gutheißen konnte.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, gab bekannt, dass seine Fraktion den Änderungsantrag nicht zustimmen wird, da man die Änderung der Ausschussbesetzung augen-

scheinlich dafür nutzen wollte um der Fraktion AfD zu schaden. Er kritisierte dieses Vorgehen, da es aus seiner Sicht gegen den Sinn der Demokratie wäre, denn auch wenn der Inhalt und das Auftreten der Fraktion AfD fraglich ist, so sei sie dennoch demokratisch gewählt, was man anzuerkennen hat. Änderungen der Geschäftsordnung sollten seiner Meinung nach mit der größtmöglichen Einmütigkeit beschlossen werden, weshalb er hierzu entsprechende Gespräche angeboten habe. Er befürchtete, dass der Ansatz der Drucksache ins Negative gedeutet werde, weshalb er um eine Ablehnung des Änderungsantrages bat, welche seine Fraktion ablehnen wird.

Frau Maurer, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., verwies auf die Debatte im Hauptausschuss, an der sich nicht alle beteiligt hatten. Mit der vorgesehenen Änderung würden die Wahlergebnisse berücksichtigt werden, war doch immer das Ziel, dass in den Ausschüssen alle Fraktionen vertreten sein sollen. Die Fraktion AfD ist mit der letzten Änderung weder stärker noch schwächer geworden, da sich nichts für sie ändert. Entscheidungen, so betonte sie, werden nach wie vor im Stadtrat getroffen. In den Ausschüssen sollen lediglich Debatten geführt werden um Entscheidungen vorzubereiten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse zunächst über den Antrag der Fraktionen SPD und FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN in Drucksache 1741/21 in Fassung des Austauschblattes abstimmen ließ.

#### Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	30
Nein Stimmen:	11
Enthaltungen:	0
Befangen	0

Der Antrag wurde beschlossen, weswegen eine Abstimmung über die Ursprungsdrucksache obsolet wurde.

**mit Änderungen beschlossen Ja 30 Nein 11 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Der Titel der Drucksache:**

**„Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse – Reduzierung Ausschussgrößen“**

**Beschluss:**

**01**

**Der Stadtrat beschließt folgende Änderungen im § 25 „Bildung der Ausschüsse“ der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse:**

(1) Der Stadtrat bildet folgende Ausschüsse:

- a) den Hauptausschuss, bestehend aus der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister und ~~11~~ **10** weiteren Stadtratsmitgliedern;
- b) den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben, bestehend aus der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister, ~~11~~ **10** weiteren Stadtratsmitgliedern und bis zu ~~16~~ **14** sachkundigen Bürgerinnen bzw. sachkundigen Bürgern;

- c) den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, bestehend aus der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister, ~~11~~ 10 weiteren Stadtratsmitgliedern und bis zu ~~16~~ 14 sachkundigen Bürgerinnen bzw. sachkundigen Bürgern;
- d) den Ausschuss für Bildung und Kultur, bestehend aus der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister, ~~11~~ 10 weiteren Stadtratsmitgliedern und bis zu ~~16~~ 14 sachkundigen Bürgerinnen bzw. sachkundigen Bürgern;
- e) den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr bestehend aus der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister, ~~15~~ 14 weiteren Stadtratsmitgliedern und bis zu ~~16~~ 14 sachkundigen Bürgerinnen bzw. sachkundigen Bürgern;
- f) den Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung, bestehend aus der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister, 13 weiteren Stadtratsmitgliedern und bis zu ~~16~~ 14 sachkundigen Bürgerinnen bzw. sachkundigen Bürgern; die Ausschussmitglieder sind zugleich die Mitglieder der Werkausschüsse nach § 21 Abs. 1 i) bis m);
- g) den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt, bestehend aus der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister, ~~11~~ 10 weiteren Stadtratsmitgliedern und bis zu ~~16~~ 14 sachkundigen Bürgerinnen bzw. sachkundigen Bürgern;
- i) den Werkausschuss des Eigenbetriebs Erfurter Sportbetrieb, bestehend aus der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister, 13 weiteren Stadtratsmitgliedern und bis zu ~~16~~ 14 sachkundigen Bürgerinnen bzw. sachkundigen Bürgern;
- j) den Werkausschuss des Eigenbetriebs Theater Erfurt, bestehend aus der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister, 13 weiteren Stadtratsmitgliedern und bis zu ~~16~~ 14 sachkundigen Bürgerinnen bzw. sachkundigen Bürgern;
- k) den Werkausschuss des Eigenbetriebs Thüringer Zoopark Erfurt, bestehend aus der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister, 13 weiteren Stadtratsmitgliedern und bis zu ~~16~~ 14 sachkundigen Bürgerinnen bzw. sachkundigen Bürgern;
- l) den Werkausschuss des Eigenbetriebs Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt, bestehend aus der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister, 13 weiteren Stadtratsmitgliedern und bis zu ~~16~~ 14 sachkundigen Bürgerinnen bzw. sachkundigen Bürgern;
- m) den Werkausschuss des Eigenbetriebs Multifunktionsarena Erfurt, bestehend aus der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister, 13 weiteren Stadtratsmitgliedern und bis zu ~~16~~ 14 sachkundigen Bürgerinnen bzw. sachkundigen Bürgern;

n) den Ausschuss zur Vorbereitung Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt (BUGA-Ausschuss) besteht aus der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister, ~~11~~ **10** weiteren Stadtratsmitgliedern und bis zu ~~16~~ **14** sachkundigen Bürgerinnen bzw. sachkundigen Bürgern.

**02**

**Die Ausschussbesetzung wird entsprechend der Anlage 1 beschlossen.**

*(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 9 beigefügt.)*

**7.16.1. Antrag der Fraktionen SPD und FREIE WÄHLER/PIRATEN 1741/21  
zur Drucksache 1611/21 - Änderung der Ausschussbesetzung**

**bestätigt mit Änderungen Ja 30 Nein 11 Enthaltung 0 Befangen 0**

**7.17. Einführung einer Stoffpreisgleitklausel 1617/21  
Einr.: Fraktion CDU, Fraktion SPD, Fraktion FREIE WÄHLER  
/ FDP / PIRATEN**

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung die Drucksache am 20.10.2021 bestätigt (Ja 9 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0) hat.

Im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wurde die Drucksache am 03.11.2021 bestätigt (Ja 8 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0).

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

**beschlossen Ja 23 Nein 17 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss**

**01**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob bei künftigen öffentlichen Vergaben von Bauverträgen mit dem jeweiligen Auftragnehmer zusätzlich eine sog. Stoffpreisgleitklausel vereinbart wird.**

**02**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat bis spätestens zum Ende des IV. Quartals 2021 einen Entwurf bzw. ein Konzept für die Einarbeitung einer sog. Stoffpreisgleitklausel für öffentlich zu vergebende Verträge vorzulegen.**

- 7.18. Errichtung einer Unterstellmöglichkeit an der Haltestelle 1 626/21  
Gewerbstraße und Aufstellung von Müllbehältern an  
den Haltestellen Gewerbstraße und Brückenstraße  
Einr.: Ortsteilbürgermeister Vieselbach

Siehe Tagesordnungspunkt 2.  
vertagt

- 7.19. Fortschreibung zur Drucksache 0648/11 - Konzept für 17 15/21  
mehr Chancengleichheit in der Stadtverwaltung  
Einr.: Fraktion CDU

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass die Drucksache am 09.11.2021 mit Änderungen bestätigt (Ja 5 Nein 2 Enthaltung 3 Befangen 0) wurde, welche wie folgt lauteten:

"Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis ~~zum Ende des dritten Quartals~~ Ende 2022 die Fortschreibung der Drucksache "Konzept für mehr Chancengleichheit in der Stadtverwaltung" den zuständigen Gremien des Stadtrates vorzulegen."

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Da es keine Wortmeldungen gab, ließ Herr Panse über die Drucksache in Fassung des Vorschlages des Hauptausschusses abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 26 Nein 5 Enthaltung 9 Befangen 0

### Beschluss

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis Ende 2022 die Fortschreibung der Drucksache "Konzept für mehr Chancengleichheit in der Stadtverwaltung" den zuständigen Gremien des Stadtrates vorzulegen.

- 7.20. Eheschließungen im Standesamt der Landeshauptstadt 17 16/21  
Erfurt - Prüfung verkehrsrechtlicher Belange  
Einr.: Fraktion CDU

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 19.10.2021 mit Änderungen durch Einzelabstimmung der Beschlusspunkte wie folgt bestätigte:

Beschlusspunkt 01: abgelehnt (Ja 1 Nein 10 Enthaltung 0 Befangen 0)

Beschlusspunkt 02: bestätigt (Ja 7 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0)

Es lag ein Antrag auf Einzelabstimmung der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN vor.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, bemängelte die aus seiner Sicht hochzeitunwürdige Situation vor dem Erfurter Standesamt, welche durch ein reges Verkehrsaufkommen geschuldet sei, auch wenn es für diese gute Gründe gibt. Neben den fließenden Verkehr, würden aber auch der ruhende Verkehr sowie abgestellte Fahrräder vor Ort bei Hochzeiten stören. Um hierfür eine Besserung zu erzielen sei der Antrag seiner Fraktion in Zusammenarbeit mit Mitarbeitenden des Standesamtes entstanden. Da der zweite Beschlusspunkt im Hauptausschuss weitestgehend bestätigt wurde und nur der Erste abgelehnt, ging er auf diesen genauer ein. Bei Beschlusspunkt 01 habe es bereits Verwaltungsintern Änderungswünsche gegeben, so sollte für die Fahrräder ein Ständer installiert werden, was die Stellungnahme der Verwaltung dennoch leider ablehnte. Eine weitere Überlegung wäre es an Samstagvormittagen, zur Haupthochzeitszeit, den Verkehr von Zulieferern und Anwohnern zu regulieren, zumal die Anlagen, welche den Verkehr einschränken sollten nicht fehlerfrei funktionieren. Er bat darum sich mit Heiratenden zu unterhalten und dem Antrag seiner Fraktion zuzustimmen.

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, erklärte, dass der Wortlaut von Beschlusspunkt 01 keine alternativen Möglichkeiten zulässt, da vom „Hauptzeitraum für standesamtliche Trauungen“ die Rede sei. Dementsprechend sei die Drucksache nicht zustimmungsfähig.

Herr Erfurth, Fraktion AfD, begründete vorab seine Ablehnung unter Verweis auf berufliche Obliegenheiten, weswegen es für ihn und andere notwendig sei, die Straße zu durchfahren.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erklärte, dass Beschlusspunkt 01 für seine Fraktion ebenfalls nicht zustimmungsfähig wäre, Beschlusspunkt 02 wiederum schon. Er erinnerte an den Vorschlag aus der Vorberatung im Ausschuss, da die Straßenverkehrsordnung an dieser Stelle kaum Spielraum lässt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab ließ Herr Panse zunächst über den Antrag auf Einzelabstimmung abstimmen.

#### Abstimmungsergebnis Einzelabstimmung

Ja Stimmen:	26
Nein Stimmen:	12
Enthaltungen:	2
Befangen	0

Der Antrag auf Einzelabstimmung wurde bestätigt.

Es folgte die Einzelabstimmung über die Beschlusspunkt 01 und 02 der Drucksache 1716/21.

#### Abstimmungsergebnis Beschlusspunkt 01

Ja Stimmen:	8
Nein Stimmen:	32
Enthaltungen:	0
Befangen	0

Beschlusspunkt 01 wurde somit abgelehnt.

#### Abstimmungsergebnis Beschlusspunkt 02

Ja Stimmen:	30
Nein Stimmen:	6
Enthaltungen:	4
Befangen	0

Der Beschlusspunkt 02 wurde bestätigt und die Drucksache folglich mit entsprechenden Änderungen somit beschlossen.

**mit Änderungen beschlossen Ja 30 Nein 6 Enthaltung 4 Befangen 0**

#### **Beschluss**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, vor dem Standesamt Sitzbänke aufzustellen.**

**7.21. Änderung des Bebauungsplans ST0594 "Östlich Erfurter Landstraße" 17 38/21  
Einr.: Ortsteilbürgermeisterin Stotternheim**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 19.10.2021 best ätigt (Ja 4 Nein 3 Enthaltung 4 Befangen 0) hat.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Herr Stampf, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, sprach sich gegen den Antrag der Ortsteilbürgermeisterin aus Stotternheim aus. Die Haltung des Orts teiles war für ihn nicht nachvollziehbar, habe dieser doch mit einem Antrag im Jahr 2019 für die Ansiedlung des Logistikunternehmens Amazon gesorgt, was anschließend durch das örtli che Heimatblatt kritisiert worden sei. Eine Ansiedelung von Einzelhandel durch einen RE-WE-Markt hätte negative Folgen für die bereits existierenden Händler, weswegen er um eine Ablehnung des Antrages bat.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., widersprach der Ansicht von Herrn Stampf, da sich die Meinungen des Ortsteiles in den Jahren geändert haben kann. Sie kündigte an, dass ihre Fraktion der Vorlage mehrheitlich zustimmen wird, da man einen Vorteil, vor allem für ältere Menschen sah, wenn es an beiden Ortseingängen einen Supermarkt geben würde.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, schloss sich den Befürchtungen Herrn Stampfs an, dass der bereits ansässige Einzelhandel, sprich der Netto-Markt, Fleischer und Bäcker, in Stotternheim Umsatzprobleme bekommen könnten. Zum Schutz der Händler und zum schaffen hochwertigerer Arbeitsplätze sollte man den Antrag ablehnen.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, empfahl sich nicht gegen den Willen des Orts teilrates Stotternheim zu stellen, deren Meinung zu akzeptieren und bat daher entsprechend den Antrag zuzustimmen.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, sah es kritisch, würde ein eingeschossiger Einzelhandelsmarkt gebaut werden, obwohl nebenan eine Immobilie bei der Tankstelle zu 80 % nicht genutzt wird, was er bat zu berücksichtigen.

Der Beigeordnete für Kultur und Stadtentwicklung, Herr Dr. Knoblich, erinnerte mit Nachdruck an die Stellungnahme der Verwaltung, welche er bat zu folgen. Auch wenn der Wunsch des Ortsteilrates und das Empfinden der Bürger vor Ort legitim seien, so gäbe es dennoch Planungsinstrumente, wie das Integrierte Stadtentwicklungskonzept, für das gesamte Stadtgebiet, welche man nicht aushebeln sollte. Der Stadtrat habe die Belange der gesamten Stadt bei seiner Abwägung zu berücksichtigen.

Herr Linnert, Beigeordnet für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, wies darauf hin, dass es in der Landeshauptstadt Erfurt nicht mehr viele freie Gewerbeflächen in entsprechender Größe gäbe und man entsprechend sorgfältig mit deren Vergaben umgehen sollte. Er empfahl die Fläche nicht mehr für Logistikunternehmen zu reservieren und auch der Drucksache nicht zuzustimmen.

Herr Perdelwitz bemängelte daraufhin, dass die Stellungnahme der Verwaltung in Bezug auf die Logistik etwas Gegenteiliges aussagt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gab, ließ Herr Panse über die Drucksache abstimmen.

**beschlossen Ja 24 Nein 13 Enthaltung 4 Befangen 0**

## **Beschluss**

Der B-Plan Gewerbegebiet Östlich der Erfurter Landstraße "ILZ Ost" (Stadtratsbeschluss Nr. 2368/12 vom 27.02.2013, bekannt gemacht im Amtsblatt der Stadt Erfurt Nr. 7 am 03.05.2013) wird dahingehend geändert, dass über eine Teilfläche der Gemarkung, Flur 15 und 16, Flurstück 1176/7, 1178/5, 1179/7 mit einer Größe von ca. 16.500m<sup>2</sup> eine Bebauung zum Zwecke und zur Nutzung für den Einzelhandel ermöglicht wird.

**7.22. Berufung sachkundiger Bürger für den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung 1864/21**  
**Einr.: Fraktion AfD**

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Hauptausschuss die Drucksache am 09.11.2021 bestätigt (Ja 4 Nein 2 Enthaltung 4 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

**abgelehnt Ja 12 Nein 17 Enthaltung 5 Befangen 0**

**7.23. Neukreditaufnahme 2021**  
**Einr.: Oberbürgermeister**

**1888/21**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache am 03.11.2021 bestätigt (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

**beschlossen Ja 41 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss**

**01**

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den in der Haushaltssatzung 2021 genehmigten Kredit in Höhe von maximal 32.100.000 EUR aufzunehmen.

**02**

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird nach Aufnahme des Darlehens über die Konditionen informiert.

**7.24. Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1214/21 -**  
**Durchsetzung der Pflichten im Bahnhallenquartier**  
**Einr.: Oberbürgermeister**

**1889/21**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Hauptausschuss die Drucksache am 09.11.2021 abgelehnt (Ja 2 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

**abgelehnt Ja 14 Nein 24 Enthaltung 3 Befangen 0**

**7.25. Wahl zum Mitglied des Seniorenbeirats**  
**Einr.: Fraktion AfD**

**1895/21**

Die Wahlen in Tagesordnungspunkt 7.25 und 7.26 wurden in einem Wahlgang durchgeführt.

Zunächst stellte der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, fest, dass 41 Stadtratsmitglieder anwesend waren.

Er informierte darüber, dass der Hauptausschuss am 09.11.2021 den Wahlvorschlag mit der Drucksache 1895/21 ablehnte (Ja 1 Nein 5 Enthaltung 4 Befangen 0) und den Wahl-

vorschlag mit der Drucksache 1896/21 ebenfalls abgelehnt (Ja 1 Nein 4 Enthaltung 5 Befangen 0) hat.

Herr Panse erklärte, dass jedes Mitglied des Stadtrates zur Wahl zum Mitglied des Seniorenbeirats, Einreicher Fraktion AfD, eine Stimme hat und nach § 39 Abs. 2 ThürKO, derjenige gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Dies bedeutete, man benötigt 21 Stimmen um gewählt zu werden, erläuterte Herr Panse.

Es folgte der Aufruf des Tagesordnungspunktes 7.26 – Wahl des dritten Stellvertreters des Vorsitzenden des Erfurter Stadtrates, Einreicher Fraktion AfD, mit der Drucksache 1263/21, für welches das gleiche Verfahren galt. Hierbei hatte jedes Mitglied des Stadtrates zur Wahl eine Stimme.

Auf Grund der Pandemiebestimmungen wurden die Mitglieder des Stadtrates einzeln zur Wahl aufgerufen.

Zunächst rief er die Mitglieder der Wahlkommission, nacheinander und anschließend alle übrigen Mitglieder, der Sitzreihen entsprechend, einzeln, zur Stimmabgabe in die Wahlkabine auf. Anschließend fragte der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, ob noch jemand seine Stimmen nicht abgegeben hat, was nicht der Fall war, weswegen er ankündigte den Wahlgang nach Abgabe seiner Stimme zu schließen und sich zur Abstimmung begab.

Im Anschluss wurde eine 10-minütige Belüftungspause durchgeführt.

Nach der Pause verkündete Herr Panse die Wahlergebnisse wie folgt:

#### Abstimmungsergebnis 1. Wahlgang der Drucksache 1895/21 (TOP 7.25)

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	41
erforderliche Mehrheit:	21
Stimmen für Herr René Aust:	15
Ungültige Stimmen:	26

Damit wurde die erforderliche Mehrheit nicht erreicht und Herr René Aust folglich nicht gewählt.

Da für die Wahl keine Mehrheit an gültigen Stimmen zustande kam, fragte der Stadtratsvorsitzende ob ein Antrag auf Abbruch der Wahl gestellt wird.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, stellte den Antrag auf Abbruch der Wahl.

Frau Panse ließ daher über den Antrag auf Abbruch der Wahl abstimmen.

#### Abstimmungsergebnis Abbruch Wahlgang der Drucksache 1895/21

Ja Stimmen:	36
Nein Stimmen:	4
Enthaltungen:	1

Der Wahlgang der Drucksache 1895/21 wurde somit abgebrochen.

Anschließend fuhr Herr Panse mit der Verkündung des Wahlergebnisses zum Tagesordnungspunkt 7.26 fort.

#### Abstimmungsergebnis 1. Wahlgang der Drucksache 1896/21 (TOP 7.26)

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	41
erforderliche Mehrheit:	21
Stimmen für Frau Corinna Herold:	12
Ungültige Stimmen:	29

Damit wurde eine erforderliche Mehrheit nicht erreicht und Frau Corinna Herold nicht gewählt.

Da für die Wahl keine Mehrheit an gültigen Stimmen zustande kam, fragte der Stadtratsvorsitzende ob ein Antrag auf Abbruch der Wahl gestellt wird.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, stellte erneut den Antrag auf Abbruch der Wahl mit der Begründung, dass kein anderes Ergebnis zu erwarten und die Sitzungsdauer schon fortgeschritten sei.

Frau Panse ließ daher über den Antrag auf Abbruch der Wahl abstimmen.

#### Abstimmungsergebnis Abbruch Wahlgang der Drucksache 1263/21

Ja Stimmen:	36
Nein Stimmen:	4
Enthaltungen:	1

Der Wahlgang der Drucksache 1263/21 wurde somit ebenfalls abgebrochen.

**abgelehnt**

**7.26. Wahl des dritten Stellvertreters des Vorsitzenden des Erfurter Stadtrates  
Einr.: Fraktion AfD 1896/21**

Siehe Tagesordnungspunkt 7.25.

**abgelehnt**

**7.27. Neubesetzung sachkundige Bürger/innen Fraktion 1923/21  
Mehrwertstadt  
Einr.:Fraktion Mehrwertstadt Erfurt**

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Hauptausschuss die Drucksache am 09.11.2021 bestätigt (Ja 9 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

**beschlossen Ja 36 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0**

**Beschluss**

**Für den Ausschuss für Bildung und Kultur (BuK) wird Frau Kathrin Vitzthum als sachkundige Bürgerin für die Fraktion Mehrwertstadt Erfurt beschlossen.**

**7.28. Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1637/21 - 1924/21  
Umsetzung der Drucksache 2446/18 - Beteiligung am  
Auswahlverfahren des neuen Kulturdirektors / der neuen  
Kulturdirektorin  
Einr.: Oberbürgermeister**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Hauptausschuss die Drucksache am 09.11.2021 abgelehnt (Ja 4 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

**abgelehnt Ja 11 Nein 28 Enthaltung 0 Befangen 0**

**7.29. Ausschreibung von Schulesen in Orientierung an der 1954/21  
beschlossenen Erfurter Nachhaltigkeitsstrategie  
Einr.:Fraktion Mehrwertstadt Erfurt**

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache am 03.11.2021 bestätigt (Ja 4 Nein 3 Enthaltung 4 Befangen 0) hat.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, bat um Aufnahme des Satzes, welcher die Fraktion SPD zugearbeitet hat.

Herr Panse schlug vor, dass die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, den zu ergänzenden Satz vorlesen soll.

Frau Hofmann-Domke gab den Wunsch der Verlesung an die Fraktion SPD weiter. Sie bat um Ablehnung der Drucksache, da ein derartiger Beschluss hinter das bereits erfolgreich verlaufende Verfahren der Stadtverwaltung zurückfallen würde. Die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie seien bereits in den Verträgen der Essenanbieter verankert. Weiterhin wies sie auf das Thüringer Schulgesetz hin, wonach die Schulkonferenzen über die Anbieter und Gestaltung der Pausenverpflegung entscheiden und die Stadtverwaltung nur mit dieser zusammenarbeiten kann, was bereits erfolgreich geschieht. Sie hätte sich gewünscht, dass die Drucksache im Jugendhilfeausschuss vorbereitet worden wäre, zumal man im Bereich der Kitas noch Bedarfe einer Überarbeitung hat.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, fragte ob die aktuelle Ausschreibung bereits veröffentlicht sei, was Frau Hofmann-Domke bestätigte. Da in dieser bereits alles geforderte stehen würde, habe sich die Drucksache für seine Fraktion erledigt.

Herr Kürth, Fraktion SPD, verlas den zu ergänzenden Satz "Dabei ist das Ziel zu verfolgen die aktuellen Kosten für das Schulessen stabil zu halten, dafür ist die Akzeptanz der Verpflegung und damit die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler zu erfüllen.". Solltes einen mehrheitlichen Wunsch geben das Thema in einen zuständigen Fachausschuss zu beraten, so wäre dies auch für seine Fraktion denkbar.

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, beantragte anschließend, nach Rücksprache mit dem Einreicher der Vorlage, die Verweisung in den Ausschuss.

Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, fragte in welchen Ausschusses verwiesen werden sollte.

Frau Dr. Faber-Steinfeld antwortete, dass der Ausschuss für Bildung und Kultur zuständig sei.

Herr Dr. Beese gab entsprechend der Worte Frau Hofmann-Domkes darüber zu bedenken, dass man auf Grund des Beratungsbedarfes die Drucksache nicht unbedingt in den Ausschuss für Bildung und Kultur verweisen sollte.

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, beantragte zusätzlich eine Verweisung in den Jugendhilfeausschuss.

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, zitierte aus dem Schulgesetz, 5. Abschnitt Schulkonferenz Landesschulbeirat § 38 Abs. 5 "Die Schulkonferenz entscheidet über mehrere Punkte, u. a. 6. die Pausenverpflegung unter der Berücksichtigung einer gesunden Ernährung."

Herr Dr. Beese hinterfragte den Sinn des Wortbeitrags von Herrn Mühlmann, habe doch Frau Hofmann-Domke diesen Gesetzestext bereits wiedergegeben.

Frau Dr. Faber-Steinfeld wies auf den Titel der Drucksache hin, wonach es um Schulessen ginge, wobei der Ausschuss für Bildung und Kultur zuständig sei. Es gäbe nun also mehrere Möglichkeiten:

1. Die Verweisung in den Ausschuss für Bildung und Kultur oder
2. die Vertagung oder Zurückziehung der Drucksache, da sie inhaltlich falsch wäre, würde man über Kitas beraten wollen.

Sie selbst hielt an ihren Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Bildung und Kultur fest.

Herr Perdelwitz erwog den Titel entsprechend für Kitas anzupassen, da es des Öfteren Gespräche über dieses Thema gäbe und es anschließend in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen.

Herr Panse trug vor, dass es bisher einen Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Bildung und Kultur und einen in den Jugendhilfeausschuss gäbe.

Herr Dr. Beese erklärte, dass mit Änderung des Titels durch die Fraktion Mehrwertstadt der Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Bildung und Kultur hinfällig wäre.

Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE., fasste zusammen, dass Titel und Vorlage sich für den Bereich Schule erledigt hat und es genügt die geänderte Vorlage mit angepassten Titel in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen. Einer Verweisung in den Ausschuss für Bildung und Kultur, zur Feststellung, dass es im Bereich der Schule gut läuft, benötigt es nicht.

Herr Stampf, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, stellten den Geschäftsordnungsatrag auf Schluss der Aussprache, sodass die Abstimmung erfolgen sollte.

Herr Panse ließ, da alle Fraktionen von ihrem Rederecht Gebrauch gemacht hatten, daraufhin über den Antrag auf Schluss der Aussprache abstimmen.

#### Abstimmungsergebnis Abbruch der Debatte

Ja Stimmen:	39
Nein Stimmen:	1
Enthaltungen:	0
Befangen	0

Die Beratung wurde somit abgebrochen. Es folgte die Abstimmung über den Antrag von Herrn Städter, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, auf Verweisung der Drucksache in den Jugendhilfeausschuss.

#### Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	23
Nein Stimmen:	13
Enthaltungen:	4
Befangen	0

Die Verweisung in den Jugendhilfeausschuss wurde bestätigt.

Anschließend wurde über den Antrag von Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Bildung und Kultur abgestimmt.

#### Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	6
Nein Stimmen:	31
Enthaltungen:	3
Befangen	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Drucksache wurde somit einzig in den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

**Verwiesen in Ausschuss Ja 23 Nein 13 Enthaltung 4 Befangen 0**

**7.30. Erhöhung gymnasialer Plätze in der Landeshauptstadt 1957/21**  
**Erfurt**  
**Einr.:Fraktion CDU**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach den Tagesordnungspunkt 6.3 behandelt.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass ein Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 2108/21 vorlag. Dieser ersetzte den Beschlussvorschlag der Ursprungsdrucksache. Der Hauptausschuss hat diesen Antrag am 09.11.2021 bestätigt (Ja 4 Nein 2 Enthaltung 4 Befangen 0).

Weiterhin lag ein Antrag der Fraktion CDU in Drucksache 2156/21 vor. Dieser ersetzte die Beschlusspunkte 01 bis 03 und ergänzte einen Beschlusspunkt 04. Der Hauptausschuss hat diesen Antrag am 09.11.2021 abgelehnt (Ja 2 Nein 4 Enthaltung 4 Befangen 0)

Durch die Annahme des Antrages der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 2108/21 wurde die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache 1957/21 obsolet.

Die Stellungnahmen der Verwaltung, mit Ausnahme der Drucksache 2156/21, lagen den Stadtratsmitgliedern vor.

Es ergab sich eine rege Diskussion, bei der sich herausstellte, dass die Intentionen der Anträge die Gleichen waren. An der Diskussion beteiligt waren, zum Teil mehrfach:

- Frau Hofmann-Domke, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit,
- Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU,
- den Schulleiter des staatlichen Gymnasiums 10,
- Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD,
- Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,
- Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE.,
- Herr Mühlmann, Fraktion AfD,
- und der stellvertretende Vorsitzende des Erfurter Schülerparlaments.

Frau Hofmann-Domke hatte zu Beginn der Diskussion die fehlende Stellungnahme zum Antrag der Fraktion CDU in Drucksache 2156/21 vorgetragen, die wie folgt lautete:

" Obigem Änderungsantrag kann mit Änderungen zugestimmt werden. Der hier geschilderte inhaltliche Zusammenhang in Bezug auf die vorhandene Fachkabinettskapazität ist nicht gegeben. Für eine durchgängige 3-Zügigkeit des Gymnasiums 10 sind die Fachkabinette ausreichend.

Richtig ist, für die Absicherung des Schuljahres 2022/23 würden zunächst 4 zusätzliche Unterrichtsräume benötigt. Um generell eine 3-Zügigkeit ab dem Schuljahr 2023/24 fortwährend gewährleisten zu können, ist aus fachlicher Sicht eine Erweiterung um insgesamt 8 Unterrichtsräume, bspw. in Containerbauweise, notwendig. Verwaltungsseitig wird diese Aufgabenstellung derzeit geprüft.

Änderung des Beschlusspunktes 01 aus Sicht der Verwaltung:

Ab dem Schuljahresbeginn 2022/2023 werden am Gymnasium 10 acht zusätzliche Unterrichtsräume in Containerbauweise bereitgestellt, um eine durchgängige 3-zügige Beschulung sicherzustellen.

Dementsprechend wäre Beschlusspunkt 04 zu streichen."

Auf diese von der Verwaltung vorgeschlagene Formulierung einigten sich am Ende der Diskussion sowohl die Fraktion CDU, als auch die Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und übernahmen diese Wortlaut jeweils bezogen auf ihre eigenen Anträge.

Einzig streitbar war der Umgang mit der Grundschule 3, welche in den Muldenweg umziehen soll, damit die Räumlichkeiten für das Gymnasium 10 frei werden. Hierbei wurde kritisiert, dass die Berufliche Förder Einrichtung das Gebäude bekommen sollte, nachdem sie ihren bisherigen Standort auf Grund unzumutbarer Zustände verlassen mussten und nun scheinbar ohne eine Ausweichmöglichkeit auskommen muss.

Nach der Bekanntgabe der Stellungnahme durch Frau Hofmann-Domke beantragte Herr Hose das Rederecht für den Schulleiter des staatlichen Gymnasiums 10.

#### Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	41
Nein Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Der Antrag wurde bestätigt.

Der Schulleiter des staatlichen Gymnasiums 10 wies darauf hin, dass seine Schule laut Schulnetzplan nur 2½-zügig wäre, sie dennoch stets drei neue Klassen aufgenommen haben, weswegen sie eigentlich eine 3-zügige Schule wären. Sollten die benötigten Container nicht kommen, so könnte seine Schule im kommenden Schuljahr keine drei neuen Klassen aufnehmen, was zu einer Mehrbelastung anderer Schulen führen würde. Er bat daher den Stadtrat um Unterstützung für 8 Unterrichtsräume in Containerbauweise, welche genutzt werden sollen, bis die Grundschule 3 in den Muldenweg zieht.

Im weiteren Verlauf der Diskussion warf Herr Mühlmann der Stadtverwaltung Planungsfehler vor. Er begründete dies damit, dass das Gymnasium 10 die am besten sanierte Schule der Landeshauptstadt Erfurt sei und nach deren Sanierung erst festgestellt wurde, dass Unterrichtsräume fehlen. Auch der verschobene Umzug der Grundschule sei auf Grund von Planungsfehlern entstanden.

Vor Ende der Diskussion beantragte Frau Fischer das Rederecht für den stellvertretenden Vorsitzenden des Erfurter Schülerparlaments.

### Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen: 41  
Nein Stimmen: 0  
Enthaltungen: 0

Der Antrag wurde bestätigt.

Der stellvertretende Vorsitzende des Erfurter Schülerparlaments und Vertreter des Gymnasiums 10 bat den Stadtrat um Beschlussfassung, zumal man sich auf die 8 Klassenräume in Containerbauweise geeinigt habe, die Anträge also in diesem Punkt deckungsgleich seien. Er betonte die Dringlichkeit, in dieser Sitzung zu einer Beschlussfassung zu kommen und dies nicht an Formalitäten scheitern zu lassen.

Anschließend ließ Herr Panse zunächst über den Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 2108/21 mit der Änderung entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung im Beschlusspunkt 01 zur Drucksache 2156/21 abstimmen.

### Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen: 33  
Nein Stimmen: 0  
Enthaltungen: 8  
Befangen: 0

Der Antrag wurde beschlossen, eine Abstimmung über den Antrag der Fraktion CDU in Drucksache 2156/21 sowie der Ursprungsdrucksache wurde somit obsolet.

Vor dem Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes wurde eine 10-minütige Lüftungspause durchgeführt.

**mit Änderungen beschlossen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 8 Befangen 0**

### **Beschluss**

**01**

**Ab dem Schuljahresbeginn 2022/2023 werden am Gymnasium 10 acht zusätzliche Unterrichtsräume in Containerbauweise bereitgestellt, um eine durchgängige 3-zügige Beschulung sicherzustellen.**

**02**

**Der Ausschuss Bildung und Kultur ist in seiner Sitzung am 1. Februar 2022 über den Sachstand zu informieren. Dabei sind die Schulleitung des Gymnasiums 10 sowie die Schülervertretung einzubeziehen.**

**7.30.1. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zur Drucksache 1957/21 - Erhöhung gymnasialer Plätze in der Landeshauptstadt Erfurt 2108/21**

**bestätigt mit Änderungen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 8 Befangen 0**

7.30.2. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1957/21 - Erhöhung gymnasialer Plätze in der Landeshauptstadt Erfurt 2156/21

Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag

7.31. ega-Preis sozial ausgewogen und familienfreundlich gestalten - Kombiticket für ega und Zoopark einführen 2041/21  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Siehe Tagesordnungspunkt 2.  
Verwiesen in Ausschuss

7.32. Änderung der Ausschussbesetzung für die Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN 2042/21  
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass die Drucksache am 09.11.2021 im Hauptausschuss bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) wurde.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Ausschussbesetzungen für die Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN werden wie folgt geändert:

**Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung**

	Mitglied	1. Stellv.	2. Stellv.	3. Stellv.	4. Stellv.
10.	alt: Herr Daniel Stassny  neu: Frau Stefanie Hantke	alt: Herr Peter Städter  neu: Herr Daniel Stassny	alt: Herr Peter Stampf  neu: Herr Peter Städter	alt: N.N.  neu: Herr Peter Stampf	alt: N.N.  neu: Herr Christian Poloczek-Becher

Frau Undine Herr wird als sachkundige Bürgerin abberufen und Herr Stefan Carl wird berufen.

### Ausschuss für Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt

10.	alt: Herr Daniel Stassny  <b>neu:</b> Herr Christian Poloczek-Becher	alt: Herr Peter Stampf  <b>neu:</b> Herr Daniel Stassny	Herr Peter Städter	alt: N.N.  <b>neu:</b> Herr Peter Stampf	alt: N.N.  <b>neu:</b> Frau Stefanie Hantke
-----	--	---	--------------------	--	---

Herr Jens Haase wird als sachkundiger Bürger abberufen und Herr Herbert Rudovsky wird berufen.

### Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung

12.	Herr Peter Stampf	alt: Herr Peter Städter  <b>neu:</b> Frau Stefanie Hantke	Herr Daniel Stassny	alt: N.N.  <b>neu:</b> Herr Peter Städter	alt: N.N.  <b>neu:</b> Herr Christian Poloczek-Becher
-----	-------------------	---	---------------------	---	---

### Ausschuss für Bildung und Kultur

10.	Herr Peter Städter	alt: Herr Daniel Stassny  <b>neu:</b> Frau Stefanie Hantke	alt: Herr Peter Stampf  <b>neu:</b> Herr Daniel Stassny	alt: N.N.  <b>neu:</b> Herr Peter Stampf	alt: N.N.  <b>neu:</b> Herr Christian Poloczek-Becher
-----	--------------------	--	---	--	---

### Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben

10.	Herr Peter Städter	alt: Herr Daniel Stassny  <b>neu:</b> Herr Christian Poloczek-Becher	alt: Herr Peter Stampf  <b>neu:</b> Herr Daniel Stassny	alt: N.N.  <b>neu:</b> Herr Peter Stampf	alt: N.N.  <b>neu:</b> Frau Stefanie Hantke
-----	--------------------	--	---	--	---

Herr Steffen Peter wird als sachkundiger Bürger (bisher: N.N.) berufen.

**Ausschuss Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt**

10.	Herr Peter Stampf	alt: Herr Daniel Stassny  <b>neu:</b> Herr Christian Poloczek-Becher	alt: Herr Peter Städter  <b>neu:</b> Herr Daniel Stassny	alt: N.N.  <b>neu:</b> Herr Peter Städter	alt: N.N.  <b>neu:</b> Frau Stefanie Hantke
-----	-------------------	--	--	---	---

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr:**

14.	Herr Daniel Stassny	alt: Herr Peter Stampf  <b>neu:</b> Herr Peter Stampf	alt: Herr Peter Städter  <b>neu:</b> Herr Christian Poloczek-Becher	alt: N.N.  <b>neu:</b> Frau Stefanie Hantke	alt: N.N.  <b>neu:</b> Herr Peter Städter
-----	---------------------	---	---	---	---

**Hauptausschuss**

10.	Herr Peter Stampf	Herr Peter Städter	alt: Herr Daniel Stassny  <b>neu:</b> Herr Christian Poloczek-Becher	alt: N.N.  <b>neu:</b> Frau Stefanie Hantke	alt: N.N.  <b>neu:</b> Herr Daniel Stassny
-----	-------------------	--------------------	--	---	--

**7.33. Änderung der Aufsichtsratsbesetzung der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN 2044/21**  
**Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN**

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Stadtratsmitgliedern vorlag und der Hauptausschuss die Drucksache in seiner Sitzung vom 09.11.2021 mit Änderungen (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung, über die Drucksache in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung, ohne Diskussion.

**mit Änderungen beschlossen Ja 36 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0**

## Beschluss

01

Herr Christian Prechtel wird als Mitglied des Aufsichtsrates der SWE Stadtwirtschaft GmbH mit Datum des Stadtratsbeschlusses abberufen.

02

Herr Stefan Schade wird als Mitglied des Aufsichtsrates der SWE Stadtwirtschaft GmbH entsandt.

03

Frau Tina Morgenroth wird als Mitglied des Aufsichtsrates der Bundesgartenschau Erfurter 2021 GmbH mit Datum des Stadtratsbeschlusses abberufen.

04

Frau Stefanie Hantke wird als Mitglied in den Aufsichtsrat der Bundesgartenschau Erfurter 2021 GmbH entsandt.

05

Herr Steffen Präger wird als Mitglied des Aufsichtsrates der Erfurter Verkehrsbetriebe AG durch die Hauptversammlung abberufen.

06

Herr Markus Walloschek wird als Mitglied des Aufsichtsrates der Erfurter Verkehrsbetriebe AG zur Wahl in der Hauptversammlung vorgeschlagen.

07

Die Alleinaktionärin der Erfurter Verkehrsbetriebe AG, die SWE Stadtwerke Erfurt GmbH hat darauf hinzuwirken, dass die unter Beschlusspunkt 05 aufgeführte Person in der Hauptversammlung abberufen und die unter Beschlusspunkt 06 aufgeführte Person in der Hauptversammlung gewählt wird.

- 7.34. Verhandlung mit dem Freistaat Thüringen zur Neuausrichtung des Kommunalen Finanzausgleichs und des Abschlusses eines Hauptstadtvertrages 2053/21  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Siehe Tagesordnungspunkt 2.  
vertagt

- 7.35. Erhebung einer örtlichen Verbrauchs- und Aufwandssteuer - "Abbau- und Abtransport oberflächennaher Rohstoffe" - Verkehrsflächennutzungsabgabe 2056/21  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Siehe Tagesordnungspunkt 2.  
vertagt

## 8. Informationen

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, fragte ob Informationen vorliegen.

Herr Schlösser, Fraktion AfD, ging auf die Information eines vorliegenden Zeitungsberichts ein, wonach sich 70 Händler sich weigerten unter einer 2G-Regelung am Weihnachtsmarkt teilzunehmen. Er fragte daher den Oberbürgermeister, inwieweit die Durchführung des Weihnachtsmarktes dadurch gefährdet sei und wie man mit der Situation umgehen möchte.

Herr Bausewein, Oberbürgermeister, antwortete, dass es keinen Teilnahmezwang für Händler am Weihnachtsmarkt gäbe. Wer sich nicht an der Einhaltung der 2G-Regelung halten möchte, muss sich auch nicht am Weihnachtsmarkt beteiligen, weswegen er den Weihnachtsmarkt nicht gefährdet sah. Er verkündete, dass dieses Jahr nur Weihnachtsmärkte unter einer 2G-Regelung stattfinden oder abgesagt werden. Die Infektionsentwicklung sei sehr dramatisch, mit den höchsten Infektionszahlen seit Beginn der Corona-Pandemie und einer Inzidenz von über 500. Die Krankenhäuser, so informierte er, seien voll, größtenteils mit Ungeimpften, weswegen er die Meinung vertrat, dass man die 70 % der Geimpften in Erfurt nicht für deren Verhalten bestrafen sollte. Freiheit ohne Verantwortung sei Willkür, mahnte er. Seiner Meinung nach habe jeder die persönliche Verantwortung in einem freien System sich impfen zu lassen, um die zu schützen, die sich nicht impfen lassen können. Der Weihnachtsmarkt findet daher unter 2G-Regelung statt, was sowohl für Händler, als auch für Besucher gelten wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab schloss Herr Panse den Tagesordnungspunkt, beendete den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung und bat um Herstellung nicht Öffentlichkeit.

gez. Panse  
Stadtratsvorsitzender

gez.   
Schriftführer